

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 110

FEBRUAR 1994

50 Pfennig

Kein Burgfrieden für SPD-Regierung/Ampelkoalition! Arbeiter in Ost und West: Zerschmettert die Kapital-Offensive!

Über eine halbe Million Metaller sind innerhalb einer Woche in ganz Westdeutschland entschlossen in Warnstreiks getreten. Damit haben sie nur einen kleinen Vorgeschmack ihrer Macht demonstriert, die mobilisiert werden muß, um die seit dem letzten Krieg beispiellose Provokation der Bosse zurückzuschlagen.

Arbeiter/Immigranten- mobilisierung, um Nazi-Terror zu stoppen!

Mit der Kündigung der Tarifverträge haben Regierung und Metall-Bosse eine Großoffensive auf Arbeitszeit, Urlaubsgeld und den gesamten Lebensstandard der Arbeiter und aller Unterdrückten gestartet, die bis zu einer Unter-Null-Runde und einer Senkung der Lohnkosten bis 15 Prozent geht. Hier geht es nicht nur um gewerkschaftliche Fragen.

Sie wollen das vielgepriesene „Modell Deutschland“ mit seinem Lohnniveau und den Sozialleistungen zerreißen. Vom Öffentlichen Dienst, wo die Niedriglöhne im Osten eingefroren werden sollen, zu den Frauen, die besonders von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und auf eine Existenz als Gebärmaschinen zurückgeworfen werden, bis hin zu den streikenden Studenten haben alle sehr viel beim Kampf der Metaller zu gewinnen. Besonders in der jetzigen scharfen Krise wird dies nicht durch impotente „Warnstreiks“ gelingen, mit denen die Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter aufsplintern und ihre Wut verpuffen lassen, um den Ausverkauf vorzubereiten. Jahrelang haben die Bürokraten das „Modell Deutschland“ unterstützt, und jetzt wollen sie es gegen das „Modell VW“ austauschen. Der IGM-Vize Riester bietet jetzt zur „Kostensenkung“ an, was von den Bossen lange gefordert wurde: die Differenzierung der Löhne, Betriebsvereinbarungen statt Flächentarifvertrag und sogar eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit einschließlich Wochenende.

Was wir brauchen, ist harter entschlossener Klassen-



Knut Garthe/NRZ

Mercedes Düsseldorf: Metaller zeigen ihre Wut, aber sie brauchen eine klassenkämpferische Führung, um ihre Macht zu entfesseln

kampf wie bei Air France im Oktober, der die Offensive der Bosse zurückkämpfte. Dieser Sieg hat in ganz Europa ein Signal gesetzt. Als die Kapitalisten voriges Jahr die ostdeutschen Metaller aufs Korn nahmen, schlugen die Arbeiter mit einem geschlossenen und machtvollen Streik zurück. Und jetzt müssen die schweren Bataillone der IG Metall in den Kampf gehen, zusammen mit ÖTV und den Stahlarbeitern, wo erneut 25 000 Arbeitsplätze gestrichen werden sollen. Darum, Vollstreik jetzt, in Ost und West gemeinsam, um die Kampagne der Lohnkürzungen und Entlassungen zu zerschmettern! Wählt Streikkomitees, die aus den kämpferischen Arbeitern in den Betrieben bestehen, zu denen vor allem die eingewanderten Arbeiter zählen!

Jetzt warnen SPD und sozialdemokratische Gewerkschaftsböden im Chor mit Bundeskanzler Kohl und

Fortgesetzt auf Seite 18

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Ein Aktionsprogramm gegen die kapitalistische Offensive



TROTZKI

Westeuropa steckt heute in der schlimmsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit, während die Kapitalisten den sozialdemokratischen „Sozialstaat“ zu demontieren versuchen. Um den Kampf der Arbeiterklasse gegen die zunehmende Verelendung abzulenken, verschärfen die herrschenden Klassen mit Hilfe der Faschisten die rassistischen Angriffe auf die Bevölkerungsgruppen der Immigranten. In seinen Schriften über Frankreich während der Weltwirtschaftskrise und nach dem Sieg des Nazismus 1933 in Deutschland erklärte Trotzki, daß die Werktätigen die Offensive der kapitalistischen Reaktion nur durch ein Programm und eine Strategie zur Eroberung der Staatsmacht besiegen können.

Bei dem Versuch, sich aus dem Chaos zu erheben, in das sie das Land gestürzt hat, muß die französische Bourgeoisie zuerst das Geldproblem lösen. Eine Fraktion will das durch Inflation, d.h. Ausgabe von Papiergeld, Entwertung der Löhne, Anhebung der Lebenshaltungskosten, Verarmung der Kleinbourgeoisie, erreichen; eine andere durch Deflation, d.h. Einschränkung auf dem Rücken der Arbeiter (Senkung der Gehälter und Löhne), Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, Ruin der kleinen bäuerlichen Produzenten und der Kleinbourgeoisie in den Städten...

Brutale Deflation ist der erste Schritt im Plan der französischen Bourgeoisie. Die Arbeiter werden der Arbeitslosenunterstützung beraubt; die Sozialversicherung wird in Frage gestellt; die Löhne werden herabgesetzt...

Nur der Sieg der revolutionären Arbeiter Frankreichs kann jede Möglichkeit eines imperialistischen Krieges ausmerzen und die versklavten Völker Europas und der Kolonien aufwecken. Abkommen und Verträge würden dann zu Staub; die einzig mögliche Lösung, die bereits 1919 gesehen wurde, lautete dann: Die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Gegen die imperialistische Blockpolitik, gegen die pazifistische Lüge des Völkerbundes, gegen die Geheim-

diplomatie des Krieges und den Irrsinn der Aufrüstung! Überall auf dem alten europäischen Kontinent – geteilt, militarisiert, blutbefleckt, bedroht von der totalen Zerstörung durch einen neuen Krieg – erheben wir das einzige Banner der Befreiung, das Banner der Arbeiter- und Bauernregierung der Vereinigten Staaten von Europa, des brüderlichen Bundes der Sowjetstaaten!...

Nur wenn die arbeitenden Massen ihre Zukunft in ihre eigenen Hände nehmen, können und werden sie – vereint in einer mächtigen revolutionären Zuversicht – energisch und eisern die notwendige starke Macht schaffen, um die Gesellschaft von der kapitalistischen Oligarchie zu retten, die sie korrumpiert und in Ruin führt.

Die Aufgabe besteht darin, den kapitalistischen Staat, der für den Profit der großen Ausbeuter funktioniert, durch den proletarischen Staat der Arbeiter und Bauern zu ersetzen. Die Aufgabe besteht darin, in diesem Lande die Herrschaft des arbeitenden Volkes zu errichten. Wir erklären allen Leuten gegenüber, daß es sich nicht um zweitrangige ‚Veränderungen‘ handelt, sondern daß die Herrschaft einer kleinen Minderheit der Bourgeoisie durch die Führung und Macht der riesigen Mehrheit des arbeitenden Volkes ersetzt werden muß...

Die Bourgeoisie wird niemals aus eigenem Willen Maßnahmen zustimmen, die die Gesellschaft aus dem Chaos ziehen können. Sie will all ihre Privilegien beibehalten, und zu ihrem Schutz fängt sie an, faschistische Banden einzusetzen.

Unsere Losung lautet nicht: Entwaffnung der faschistischen Banden des Finanzkapitals durch die Polizei eben desselben Finanzkapitals. Wir weigern uns, die kriminelle Illusion zu verbreiten, daß eine kapitalistische Regierung tatsächlich zur Entwaffnung kapitalistischer Banden schreiten kann. Die Ausgebeuteten müssen sich selbst gegen die Kapitalisten verteidigen...

Leo Trotzki, „Ein Aktionsprogramm für Frankreich“ (Juni 1934)



LENIN

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Jan Norden, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)
VERTRIEB: Herbert Adler

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH

Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg, Fax (040) 33 01 54

Postfach 51 06 55, 13366 Berlin, Fax (030) 4 43 94 02

Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01, Korrespondenz über Verlagsanschrift

Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde

Konto 11988-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISSN 0173-7430

Nr. 110

Februar 1994

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,-
alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 110

Bestellt bei:

Postfach 51 06 55
13366 Berlin

Konto 11988-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

Proteste gegen Armee-Massaker Mexiko: Indio-Revolte gegen die „Neue Weltordnung“

**Mexico City
am 12. Januar:
Zehntausende
protestieren
gegen die
blutige Unter-
drückung der
Bauernrevolte
in Chiapas.
Grupo Esparta-
quistista de
México for-
derte: „Stoppt
die Massaker!
Armee raus
aus Chiapas!“**



Espartaco

Der Bauernaufstand der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) im südlichen mexikanischen Bundesstaat Chiapas, der am 1. Januar ausbrach, hat genau an dem Tag, an dem das Nordamerikanische Freihandelsabkommen in Kraft trat, in die imperialistische Feier der „Neuen Weltordnung“ buchstäblich Löcher geschossen. Die brutale Unterdrückung der mexikanischen Massen wurde bloßgelegt, und das darauf folgende blutige Massaker durch die Armee zeigte, daß die Unterdrückung durch Todesschwadronen kein Ding der Vergangenheit ist. Gleichzeitig war der Aufstand eine dramatische Bestätigung dafür, daß radikale soziale Kämpfe gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihren Staat alles andere als vorbei sind.

In Mexico City marschierte am 13. Januar die größte regierungsfeindliche Demonstration seit einem halben Jahrzehnt auf den Zócalo, den riesigen Platz vor dem Präsidentenpalast. Mehr als 100 000 Demonstranten verdammten den mexikanischen Präsidenten und riefen „Salinas assasin!“ und „Viva Zapata!“, in Erinnerung an den Helden der Mexikanischen Revolution 1910–17, der von den Viehzüchtern aus dem Norden erschlagen wurde, die die Macht an sich rissen und sich in „revolutionäre“ Rhetorik hüllten, während sie die Bauern und Arbeiter ausbeuteten. Unsere Genossen der Grupo Espartaquista de México (GEM) nahmen an dieser Demonstration und weiteren Protesten teil, wo sie den Rückzug der Armee aus Chiapas forderten und die Arbeiter aufriefen, die Aufständischen zu verteidigen.

Nach dem Beginn des Aufstands gab es in den USA von der West- bis zur Ostküste Protestaktionen gegen die Unterdrückung durch die mexikanische Regierung, die Hunderte von Demonstranten anzogen. Anhänger der Spartacist League/U.S. nahmen mit Plakaten teil, die die Verantwortlichkeit des Yankee-Imperialismus für die Schlächterei im südlichen Mexiko herausstellten. Sogar die Hubschrauber, die mexikanische Truppen zu den Schlachtfeldern in Chia-

pas transportierten, wurden vom Pentagon gestellt. Im Aufruf zum gemeinsamen Klassenkampf auf beiden Seiten der Grenze forderten Plakate der SL/U.S.: „Sozialistische Revolution vom Yukon bis nach Yucatán“.

Bei der Demonstration in Mexico City war die vorherrschende politische Kraft die PRD (Partei der demokratischen Revolution), die nationalistische Opposition unter Leitung von Cuauhtémoc Cárdenas. Zwar ruft Cárdenas zu einem Dialog mit den EZLN-Rebellen auf, dabei hat er sich aber fast überschlagen, um der Armee für die Verantwortung an den Morden Absolution zu erteilen. Angesichts der Massenproteste und vor allem wegen der breiten Sympathie, die der zapatistische Aufstand in den USA fand, hat Präsident Salinas seinen Innenminister gefeuert, einen für seine Brutalität berüchtigten ehemaligen Gouverneur von Chiapas, und zur Versöhnung aufgerufen.

Dennoch führt die Armee weiterhin Razzien unter den indianischen Maya-Völkern von Chiapas durch. Trotz des massiven Truppeneinsatzes waren die zapatistischen Rebellen in der Lage, sich geordnet zurückzuziehen, und besetzten auf ihrem Weg kurzzeitig einige Dörfer. Um aber die imperialistische Vergewaltigung von Mexiko und die brutale Unterdrückung seiner Arbeiter- und Bauernmassen zu beenden, ist es notwendig, das millionenstarke mexikanische Proletariat und die Arbeiterbewegung der USA zu hartem Klassenkampf gegen ihre gemeinsamen kapitalistischen Feinde zu mobilisieren.

Die folgende Erklärung der Grupo Espartaquista de México vom 6. Januar wurde in der Tageszeitung *El Día* (Mexico City) am 8. Januar veröffentlicht.

25 Jahre nach dem Massaker von Tlatelolco wird in Chiapas ein barbarisches Massaker an den aufständischen Indianern und Zivilisten durchgeführt. Gerade jetzt wird die

Fortgesetzt auf Seite 17

Erhardts/Dürkops Große Lüge endet als großer Flop

Berlin: Professor Porstmann siegt über Hexenjäger!

„Sofortige Wiedereinstellung von Prof. Porstmann – Keine Entlassungen!“, „Stoppt die Hexenjagd!“ So protestierten am Morgen des 20. Januar über 50 Leute vor dem Arbeitsgericht Berlin gegen die Entlassung des Charité-Immunologen Prof. Tomas Porstmann und für seine sofortige Wiedereinstellung. Organisiert worden war der Protest von

Mikrobiologe und ebenfalls Opfer der antikommunistischen Hexenjagd, die Dachau-Überlebenden Karl Kielhorn und Eugen Kessler sowie die Spartakist-Arbeiterpartei. Gekommen, obwohl mit Bauchschmerzen, war auch ein Mitglied der PDS-nahen Studentengruppe HDS, trotz HDS-Beschluß, den Protest zu boykottieren. Protestschreiben wurden

vorgelesen von Dr. Günter Schmautz aus Ilmenau sowie von Wissenschaftlern in den USA und in Toulouse und Paris, so vom Institut Pasteur, von Eva Brück von der Frauengruppe der Jüdischen Gemeinde in Ost-Berlin und anderen.

Bei der anschließenden Anhörung – in einem mit über 50 Zuhörern bis zum Platzen gefüllten Saal – erzwang Porstmann eine wichtige Niederlage für die Hexenjäger. Sogar der Richter wies die sprachlose HU-Rechtsanwältin darauf hin, daß ihre Aussichten „nicht gerade rosig“ seien, gegen Porstmann zu gewinnen. Die HU war gezwungen, alle Vorwürfe über „Stasi-Tätigkeit“, „Unzumutbarkeit“ usw. gegen ihn zurückzuziehen. Die Große Lüge endete als großer Flop; deren Urheber, die HU-Präsidentin Dürkop und der Wissenschaftszerstörer



Burkhard Lange

Charité-Kollegen, KfsV und Spartakisten protestieren vor dem Arbeitsgericht

Porstmanns Mitarbeitern im Institut für Medizinische Immunologie, die das riesige schwarze Banner mitbrachten: „Wir protestieren gegen die Entlassung von Prof. T. Porstmann“, das sie im Sommer vor das Institut gespannt hatten, und vom Komitee für soziale Verteidigung. Das KfsV ist eine nicht-sektiererische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, verbunden mit der Spartakist-Arbeiterpartei. Plakate wurden auch von den Jungen Spartakisten getragen; auf einem weiteren stand: „ÖTV muß Prof. Porstmann verteidigen!“

Porstmann hatte gegen die Humboldt-Universität auf seine Rehabilitierung geklagt, nachdem er unter dem fadenscheinigen Vorwand, er hätte als ein „IMS Labor“ für die Stasi gearbeitet, im August 1993 fristlos entlassen worden war. Der wirkliche Grund war, daß er führend an der Spitze des Widerstands gegen die Massenentlassungen an der Charité gestanden und sich geweigert hatte, sich als „IM“ für die Dürkop-Diktatur einkaufen zu lassen.

Unter den Sprechern auf der Kundgebung waren Robert Michaels für das Komitee für soziale Verteidigung, Dr. Kate Leiterer vom Physiologischen Institut an der Charité, die selbst entlassen wurde und im April ihren Prozeß hat, sowie Günter Wolter, ein Unterstützer der SpAD in Halle, dem wegen der Stasi-Hexenjagd gekündigt wurde. Prof. Porstmann dankte den Teilnehmern in einer kurzen Rede, bevor er ins Gericht ging.

Aufgerufen zum Protest hatten zahlreiche Beschäftigte an der Charité, Prof. Samuel Rapoport, führender DDR-

Erhardt wurden als Lügner entlarvt.

Prof. Porstmann steht für eine Forschung und Gesundheitsversorgung, die trotz ihrer Mängel humanistisch motiviert war; in der DDR war das mörderische Profitreiben *abgeschafft* worden. Die antikommunistische Hexenjagd gegen alles, was an den ehemaligen deformierten Arbeiterstaat erinnert, wird aus Rache für die Niederlage des deutschen Imperialismus 1945 betrieben. Doch als die Hexenjäger zu Porstmann kamen, griffen sie einen beliebten Lehrer und respektierten Kämpfer für Gerechtigkeit an. Monatelang hagelte es Proteste gegen die Entlassung. Die Erwähnung seines Namens in politischen Veranstaltungen an der HU erntete Applaus. Porstmann sagte:

„Meine Mitarbeiter gehen für mich durchs Feuer... Sie haben ein großes schwarzes Tuch vor unser Institut gespannt, sie haben Protestresolutionen abgeschickt, Unterschriften gesammelt. Also so eine Zumutung für meine Mitarbeiter an der nun rechtsstaatlich geführten Universität schein ich nicht zu sein.“

Der Direktor seines Institutes, Prof. R. von Baer, zeugte für ihn als „begabten und charakterlich integren Kollegen“ und als „einen der produktivsten Wissenschaftler der Charité“.

Das KfsV hat eine bescheidene internationale Kampagne organisiert, um Prof. Porstmanns Fall, im Westen totgeschwiegen, hier und im Ausland bekannt zu machen. Wir mobilisierten Studenten, Gewerkschafter, Linke und Charité-Mitarbeiter, die Flugblätter verteilten, Plakate aufklebten

Fortgesetzt auf Seite 6

Interview mit Professor Porstmann

Anfang November führten wir ein Interview mit Prof. Porstmann durch, aus dem wir einen Ausschnitt veröffentlichen.

Porstmann: Ich wurde geboren im Erzgebirge, dann ist mein Vater nach Leipzig gegangen und dann 1953 nach Berlin. Mein Vater hat während der Zeit des Kalten Krieges in den 50er Jahren überlegt, ob er aus Europa auswandert. Wenn man im Nachkriegseuropa gelebt hat, mußte man erneut mit kriegerischen Auseinandersetzungen rechnen.

Spartakist: Was war er von Beruf?

Porstmann: Mein Vater war Arzt, er war Direktor des Kardiovaskulären Instituts, wahrscheinlich des renommiertesten Institutes der Charité, was man dann kurzerhand zer schlagen und abgewickelt hat. Deshalb mußte man den

**„Dazu braucht man Rückgrat,
was nicht jedermanns Sache
in dieser Wendezeit ist“**

Nachfolger meines Vaters, Prof. Münster, unter Stasi-Verdacht entlassen, das ist immer die bewährteste Methode. Prof. Münster hat seinen Prozeß gewonnen, aber er ist nie wieder eingestellt worden. Ein Bild von Prof. Münster, auf Veranlassung des neu berufenen Kardiologen Prof. Baumann am Eingang des ehemaligen Institutes für Kardiovaskuläre Diagnostik aufgehängt, wurde auf Befehl des Dekans Prof. Mau wieder abgenommen. Soweit ist man schon wieder in Deutschland!, zumindest an der Charité.

Mein Vater hatte sehr viele Verbindungen nach Amerika, war im Ausland sehr geschätzt, ist von den Amerikanern für den Nobel-Preis für Medizin vorgeschlagen worden. Mein Vater war bürgerlicher Humanist. Er war der Grundidee des Sozialismus sehr zugewandt, aber er hat sich immer verwehrt gegen die Vergewaltigung dieser Ideen durch Bürokraten und „dumme Funktionäre“.

Die erste Garde, auch die geistige Elite, ist während der Nazi Herrschaft entweder ausgewandert oder liquidiert worden. Da ist praktisch die zweite Garde übriggeblieben, oder die dritte. Ein Haufen Leute, die plötzlich umgeschwenkt sind, die nie davon überzeugt waren, aber die gesehen haben: Nur so können sie ihre Haut retten, nur so können sie, ihrem biologischen Trieb folgend, ihre kleinbürgerlichen Ideale realisieren, indem man sich mit dem Regime arrangiert.

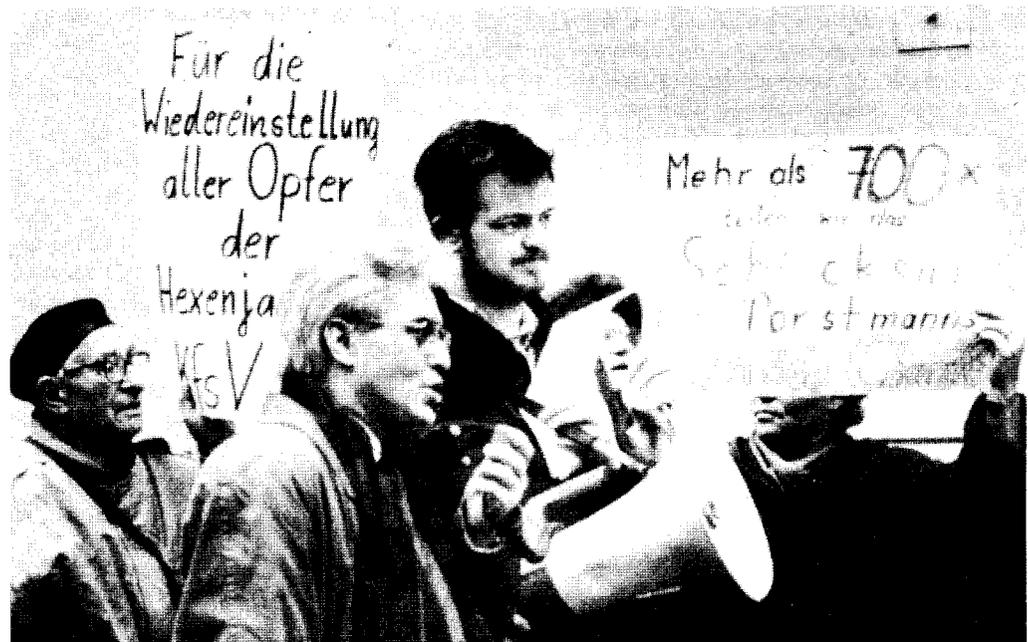
Genau dasselbe, was sich jetzt auch tut. Leute, die früher, zumindest nach den Worten, stramme Sozialisten waren, beteiligen sich jetzt daran, andere fertigzumachen. Andere, die immer kritisch gegenüber diesem Staat waren – nicht kritisch gegenüber dem Sozialismus – und die genauso kritisch auch diesen neuen Staat beäugen, diese waren weder im alten Staat bequem, noch sind sie im neuen Staat bequem. Diese Leute, die sich nicht zu wenden brauchten aufgrund einer gewissen moralischen Haltung,

weil sie nicht käuflich waren – käuflich meine ich jetzt nicht Geld oder so was, aber die geäußert haben das, was sie dachten, was nicht immer bequem war –, die sind in diesem neuen System genauso wenig gefragt. Mein Vater hat es zum Glück nicht miterlebt, was jetzt hier an der Charité, aber auch anderswo geschieht.

Spartakist: Wie ist das mit Ihrer Entlassung? Wann war das, und was ist passiert?

Porstmann: Das war am zweiten Tag meines Urlaubs passiert, mich erreichte das telefonisch am 24. August durch einen Bekannten, der unsere Post versorgte. Das Kündigungsschreiben ist schlicht gesagt eine Sauerei. Daß die Präsidentin der Universität sich hergibt, so etwas zu unterschreiben, ohne mich zu kennen, ist schlimm. Da steht drin, Herr Porstmann identifizierte sich bis zuletzt mit den Zielen der Stasi. Also wissen Sie, ich weiß nicht, was die Ziele der Stasi waren. Ich identifizierte mich auch nicht damit, und ich war parteilos. Ich war an sich bekannt als einer derjenigen, die gegen Borniertheit und Auswüchse in diesem System sehr wohl kritisch Stellung bezogen haben. Ich bin bekannt für meine Aufrichtigkeit und deshalb geachtet bei meinen Kollegen.

Das Kündigungsschreiben der Präsidentin ist geprägt von Wut und Haß auch gegen mich, wahrscheinlich nicht ganz unbegründet. Ich war kurze Zeit Oppositionsführer und habe mich gegen Ungerechtigkeit gewehrt, als man 400 Wissenschaftler an der Charité aufgrund des Einigungsvertrages über Bedarfskündigungen entlassen wollte. Diese Stellen waren von der Finanz- und Wirtschaftskommission damals schon gestrichen. Wir haben damals politischen Widerstand organisiert. Und wir sind gleich zu unserer Klinikumsleitung



Burkhard Lange/ND

Prof. Porstmann dankt Demonstranten. Sein Sieg ist Ermutigung für Tausende

gegangen, wobei ich gesagt habe, die Klinikumsleitung hat hier bloß zwei Möglichkeiten: Entweder, wenn sie dieses Spiel mitmacht und die eigenen Leute sozusagen von hinten abschießt, dann hat sie zurückzutreten und hat moralisch verspielt. Oder aber, sie stellt sich an die Spitze der Charité-Leute und marschiert los und kämpft dagegen, damit es auf diese Art und Weise *nicht* durchgeführt wird. Dazu braucht man allerdings Charakter! und etwas Rückgrat, was nicht jedermanns Sache in dieser Wendezeit ist. ■

Professor Porstmann...

Fortsetzung von Seite 4

und Freunde und Kollegen informierten. Aber trotz der breiten Sympathie für Porstmann, die wir vorfanden, war es nicht immer leicht, aktive Unterstützung zu bekommen, denn besonders die Sozialdemokraten haben die Linke und Arbeiterbewegung mit der „Stasi“-Hysterie paralytisiert. Und hier galt es, dem Staat, vor dem SPD und PDS auf dem Bauch liegen, offen zu trotzen.

Für Prof. Porstmann ist es ein Erfolg, daß er den Staat zwang, das De-facto-Berufsverbot zurückzunehmen, und dies ist im Interesse *aller* Werktätigen. Doch inzwischen hat die Limbach/Erhardt/Dürkop-Bande Institute und Abteilungen an der Charité gesäubert und verwüstet und eine Atmosphäre der Angst und Einschüchterung geschaffen, so daß hervorragende Wissenschaftler wie Porstmann eine weitere Arbeit dort ablehnen. Die Folgen der fortdauernden Verwüstung sind für wissenschaftliche Forschung, medizinische Versorgung, für die Ausbildung der nächsten Generation über Jahre hinaus unabsehbar. *Die unnachgiebige Opposition zu der antikommunistischen Hexenjagd überhaupt ist in unser aller Interesse.*

Gewerkschaften müssen die Hexenjagd bekämpfen!

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten von ÖTV und GEW weigerten sich, einen Finger für Prof. Porstmann zu krümmen, hatte doch der Personalrat fleißig für alle Kündigungen gestimmt. GEW-Personalrätin an der HU, Larissa Klinzing, die im Herbst Lippenbekenntnisse zu einem gemeinsamen Kampf an HU und Freier Universität gegen den Stellenabbau machte, konnte den „politischen“ Porstmann-Fall nicht unterstützen – noch nicht einmal die Forderung „Keine Entlassungen“: Es käme schließlich darauf an, „warum“ man entlassen würde!

Bedeutsamerweise veröffentlichte der Landesbezirk Berlin-Brandenburg der IG Medien am 19. Januar eine Erklärung zu dem Fall. Doch die Bedingung ihrer Solidarität mit Porstmann: Er war's doch nicht gewesen. IG-Medien-Vorsitzende Lindemann schrieb unverblümt, „der eindeutig nachgewiesene Tatbestand“ der Tätigkeit als Stasi-IM würde „eine Kündigung rechtfertigen“!

Die Hexenjagd wurde gestartet, gerade um die kämpferischen Elemente aus der Arbeiterschaft hinauszusäubern, die Klasse, konfrontiert mit Schließungen, Massenentlassungen und Lohnraub, zu spalten und zu lähmen. Im Herbst 1991 war dies die größte Keule gegen den Streik der Charité-Krankenschwestern und -Pfleger. Der Würgegriff der DGB-Bürokraten, die Dürkops/Erhardts Dreckarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung verrichten, muß *im politischen Kampf gebrochen werden* mit dem Aufbau einer klassenkämpferischen, revolutionären Führung. Wir brauchen eine wirkliche, trotzkistische Arbeiterpartei, um die Hexenjagd zu stoppen, Arbeitsplätze und Sozialprogramme zu verteidigen!

PDS: Kniefall vor Hexenjägern

Im Schulterschuß mit den Bossen und ihrer „Rechtsstaatlichkeit“ versuchte die PDS alles, um den Protest am 20. Januar zu torpedieren. Entgegen früheren Zusagen von Klaus Singer vom Wissenschaftlichen Sprecher der PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, den Protest zu unterstützen und vor dem Prozeß eine Presseerklärung zu veröffentlichen, wiegelte die PDS ab. Der Landesvorstand entschied, den Protest zu verschweigen, weil er voraussichtlich nicht groß genug für ihre Wahlzwecke sein würde! Einzelne PDS-Unterstützer, die auf der „3-L“-Feier am 7. Januar das KfSV-Flugblatt bekommen hatten und am Protest

teilnahmen, waren schockiert zu sehen, daß die PDS nicht da war.

Claus Dümde, Reporter des *Neuen Deutschland*, der mehrere Artikel zu Porstmanns Fall veröffentlicht hat, *verhinderte*, daß der Protest im *ND* angekündigt wurde. Vorm Gerichtsgebäude sagte er, KfSV und Spartakisten würden Porstmann „schaden“ und ihn „mit Mielke gleichsetzen“. Ignoranterweise behauptete er anfangs sogar, es wäre kein einziger Mitarbeiter Porstmanns da! Da er den gemeinsamen Protest nicht als „rot“ verteufeln konnte, hetzte er am nächsten Tag im *ND* gegen ehemals „rote Socken“ an der HU. Was, wenn Prof. Porstmann kein Parteilooser, sondern SED-Kader gewesen wäre, Herr Dümde?

Doch solche kläglichen Sozialdemokraten sind gewillt, nicht nur den längst vergessenen „sozialistischen Idealen“, sondern jedem menschlichen Anstand ins Gesicht zu schlagen. Dümde und andere PDSler argumentierten allen Ernstes, man müsse vor dem Gerichtstermin bloß stillhalten: Die Richter könnten sich sonst „genötigt“ fühlen! Hätten 1988 die Tausenden Frauen und Männer in Memmingen vor der Eröffnung des monströsen Abtreibungsprozesses gegen Dr. Horst Theissen nicht protestieren dürfen? Na ja. Die „schwarze Mathilde“, bayerische „Justiz“ministerin Berghofer-Weichner und ihre Gehilfen hätten sich doch „genötigt“ fühlen können. Hätten die Frauen jüdischer Männer 1938 in der Rosenstraße nicht protestieren dürfen, als ihre Männer verhaftet wurden und abtransportiert werden sollten? Hitlers Schergen hätten sich vielleicht auch „genötigt“ fühlen können!

Die Spartakisten haben von Anfang an *alle* Vertreter der DDR, auch Erich Honecker, Erich Mielke und Markus Wolf, sowie alle Opfer der Hexenjagd vor den arroganten Imperialisten und ihrer Siegerjustiz verteidigt – auch die PDS-Jasager. Wir betonen: Nicht die Verteidigung der DDR war ein Verbrechen, sondern ihr Ausverkauf war es! Die Bourgeoisie von Auschwitz hat gegen die DDR *nichts zu richten!* Wie eine Mitarbeiterin in Prof. Porstmanns Labor sagte: „So haben sie es gemacht. Zuerst griffen sie die Großen an, und dann sind sie der Reihe nach auf alle anderen losgegangen.“ Und die neuen Herrscher hassen Porstmann besonders, weil er zu Recht *stolz* ist auf das, was er, seine Familie, seine Kollegen in der DDR leisteten.

Prof. Porstmann hat den rachsüchtigen bürgerlichen Staat direkt herausgefordert und konfrontiert, und er hat nicht gekniffen. Denn er hat Rückgrat, im Gegensatz zu den PDS-Feiglingen, deren Kriecherei vor den Herrschern nur deren Appetit geschärft hat. Wir sagen: Hut ab vor Prof. Porstmann, wegen seiner Integrität, seines Mutes und Anstandes. Die Menschheit braucht solche hervorragenden Wissenschaftler, und die nächste Generation braucht solche Lehrer! ■

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55 13366 Berlin Telefon: (0 30) 4 43 94 00
Duisburg	T. Endrueit, Postlagernd 47051 Duisburg Telefon: (02 03) 6 58 92
Halle	SpAD, Postfach 20 11 31 06012 Halle Telefon: (03 45) 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg Telefon: (0 40) 32 36 44

JRE lenkt Antifa-Jugend zur Wahlurne

Am 22./23. Januar fand in Frankfurt mit 350 Teilnehmern die zweite Bundeskonferenz der „Jugend gegen Rassismus in Europa“ statt. Aber wer Diskussionen darüber erwartet hatte, wie die Faschisten gestoppt werden können, sah sich getäuscht. Während die Spartakisten mit JRElern darüber debattierten, daß die soziale Macht der Arbeiter gegen Nazi-Terror und zur Verteidigung der Immigranten mobilisiert werden muß, hatten die Voran-Organisatoren etwas anderes vor.

Die zweitägige Konferenz gipfelte in einem „Wahlaufruf gegen Rechts“. Schon ihr Hauptthema: „1994 – Stoppt die Faschisten im Superwahljahr!“ verriet allzu deutlich, worum

Syphilitische Kette des Vierten Reichs: Von SPD, Voran bis Gruppe Spartakus

es den Organisatoren ging. Die Voran-Jusos, seit Jahrzehnten loyale „Opposition“ in der SPD, drückten mit 111 zu 53 Stimmen ihren SPD-Wahlaufruf „Deine Stimme gegen Rechts – wähle gegen Faschisten, CDU, CSU und FDP!“ durch, gegen wütende Proteste von Jugendlichen, die die Partei der Asylrecht-Vernichtung und Sammellager zu Recht verabscheuen. *Voran* (Februar) reibt sich die Hände: „Damit wurde ein Schritt Richtung Isolierung von der SPD-Basis ... verhindert.“ So wollen die Voran-Jusos auf den Schoß von Scharping und Rau kriechen, um die „Isolierung“ der JRE-Basis von revolutionärer Politik zu erreichen.

Wie sollen denn die Faschisten mit einer Stimme für die SPD bekämpft werden? Nehmen wir zum Beispiel Rostock. Dort setzten die braunen Mörderbanden im August 1992 das Programm der rassistischen Volksfront, nämlich der Bonner Biedermänner von CDU bis SPD, in die Tat um. Am Vorabend des Rostocker Pogroms heizte die SPD mit den Petersberger Beschlüssen zu Asylrecht und Bundeswehreinsetzung die Pogromisten an. Der Rostocker SPD-Bürgermeister und der SPD-Innensenator waren die Sozialdemokraten vor Ort, die den Nazi-Pakt mit der Polizei autorisierten. Das ist die „SPD-Basis“, mit der sich Voran herumtreibt.

Im Juni letzten Jahres folgte auf die Vernichtung des Asylrechts durch die Allparteienkoalition der Brandmord in Solingen. Auf dieser rassistischen Basis hat die SPD eine feste „Sachkoalition“ mit der Bourgeoisie geschlossen. Es ist die Funktion einer bürgerlichen Arbeiterpartei wie der SPD, ihre Arbeiterbasis den Kapitalisten unterzuordnen und sie an den bürgerlichen Staat zu ketten. Und dafür will Voran/JRE Wählerstimmen sammeln! Kein Wunder, daß selbst Voran bei ihrem Wahlaufruf Sodbrennen bekam, nachdem sie ihn bei den Jugendlichen durchgedrückt hat (siehe „Superwahljahr 94 – kein Superjahr“, *Voran*, Februar).

Während Voran Schoßhündchen für die SPD züchten will, wollen wir die Arbeiterbasis der SPD von ihrer kapitalistischen Führung brechen. In diesem Kampf ist es notwendig, das Bewußtsein der Arbeiter und Jugendlichen über den Klassencharakter und die Rolle des Staates zu schärfen, um sie für den Aufbau einer revolutionären Führung zu gewinnen. Um die Nazis zu stoppen, kämpfen wir für die Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten, genau wie Trotzki in den 30er Jahren zu Arbeitereinheitsfronten gegen die Hitler-Faschisten aufrief, während die SPD zusammen mit der KPD dafür sorgte, daß die Faschisten ohne Widerstand an die Macht kamen.

Natürlich wissen selbst die eingefleischten Voran-Reformisten, daß sie Typen wie Scharping/Lafontaine schlecht an antirassistische Jugendliche verkaufen können. Ohne ein

Jota von ihrem Antikommunismus abzurücken, läßt ihr Aufruf deshalb die Option zu, die ost-sozialdemokratische PDS zu wählen. Aber die PDS ist im Grunde genauso Teil der rassistischen Allparteienkoalition: Auf dem Höhepunkt des Rostocker Pogroms bezeugte sie den Beifall klatschenden Anwohnern „Verständnis“. Anstatt nach dem Pogrom breit zur großen antifaschistischen Demo gegen die Nazis in Rostock zu mobilisieren, hielten sie eine nationale Versammlung ihrer Ostkomitees in Berlin ab. Während CDU/SPD im Wahlkampf bei der Hetze gegen „Ausländerkriminalität“ wetteifern, will die PDS genau das gleiche: mehr Bullen, die den täglichen staatlichen Terror gegen Immigranten ausüben. Und die dritte Wahloption für die JREler, die kleinbürgerlichen Grünen, fordern rassistische Einwanderungsquoten.

Diese rassistische Volksfront, so will Voran der Jugend vorgaukeln, soll durch die Wahl „gemeinsam gegen rechts“ die Nazis stoppen! Aber wie die amerikanischen Trotzlisten 1939 im *Socialist Appeal* treffend feststellten: „Die faschistischen Banden halten sich nicht an Wahlergebnisse oder irgendeine andere friedliche Maßnahme. Im Gegenteil, die Faschisten planen, an die Macht zu kommen durch die physische Gewalt gegen die Arbeiterbewegung und Antifaschisten allgemein.“ Damals wie heute ist es dringend notwendig, die mörderischen Nazi-Banden durch Arbeitereinheitsfront-Aktionen zu zerschlagen, wie auch das jüngste Beispiel einer erfolgreichen Arbeiter/Schwarzenmobilisierung gegen den Ku Klux Klan in Springfield, USA, zeigt (siehe Artikel auf Seite 24).

Voran ist über ihre Nabelschnur zur SPD fest mit dem bürgerlichen Staat verbunden. Zwar haben sie ihre Forderung nach „gewerkschaftlicher Kontrolle in polizeilichen Einrichtungen und bei Einsätzen“ (*Voran*-Broschüre „Jugend für Sozialismus“) seit längerem nicht mehr öffentlich vertreten. Doch jetzt hat im Dezember ihre Schwesterorganisation in Britannien, Militant, die einige Tausende auf die Straße bringt, sogar auf der YRE-Konferenz die Linie durchgesetzt, daß die rassistische Polizei „Teil der Arbeiterbewegung“ sei! Die Bullen, die am 16. Oktober in London antifaschistische Demonstranten vor der Zentrale der faschistischen BNP brutal zusammengeprügelt haben – dein „Freund und Helfer“? Oder die Bullen, die in Rostock den Nazis den Weg bahnten? In Wirklichkeit dienen die Bullen dem Staat, der in Lenins Worten der „geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klasse“ ist, und daher immer der Feind der Arbeiter, Immigranten und Jugendlichen.

Die Spartakisten haben dagegen in die Massenproteste der antifaschistischen Jugendlichen mit einem Programm interveniert, das zentral darauf zielt, die Macht der Arbeiterklasse zu mobilisieren, einschließlich ihres wichtigen Bestands an Immigranten. In Frankreich riefen unsere Genossen der Ligue Trotskyste Eisenbahner und andere Arbeiter auf, die Deportationszüge zu blockieren, die Paris verließen. In Berlin versuchten wir im Januar 1993, am 60. Jahrestag von Hitlers Machtergreifung, eine Aktionseinheit von Arbeitern, Gewerkschaftern, Jugendlichen und Linken aufzubauen, um ein Wohnheim zu verteidigen. Über 100 Antifaschisten, vorwiegend Jugendliche, nahmen daran teil. Wegen der Unterstützung aus Gewerkschaften und Betrieben hat die Polizei diesen Schutz nicht offen angegriffen. Die JRE lehnte es ab, an dieser Aktion teilzunehmen, und unterstützte statt dessen in ihrem Flugblatt die impotenten Lichterketten rund ums Brandenburger Tor.

Weil die JRE mit militant klingenden Sprüchen einige
Fortgesetzt auf Seite 21

Stoppt die Hexenjagd gegen Michael Jackson!

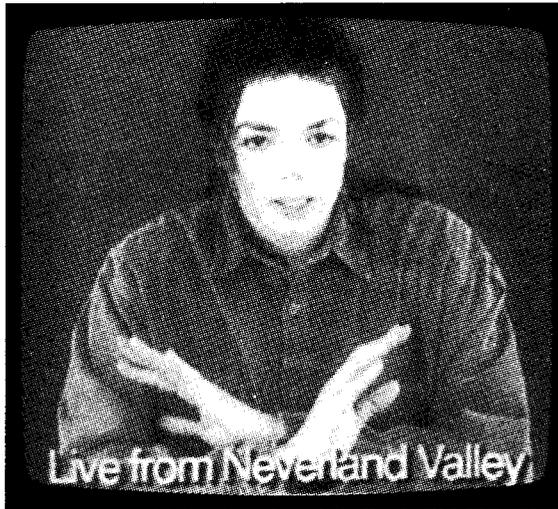
Zwischen die Mühlsteine der Verfolgung durch Regierung und Medien geraten, ist der enorm populäre schwarze Megastar Michael Jackson wegen des Vorwurfs des sexuellen Mißbrauchs eines 12-jährigen Jungen das Opfer einer böartigen Hexenjagd geworden. Die Hexenjagd wurde letzten August in Gang gesetzt, als ein Zahnarzt und Möchtegern-Drehbuchautor offensichtlich versuchte, die Freundschaft seines Sohnes mit Jackson dazu auszunutzen, diesem 20 Millionen Dollar abzupressen sowie das Versprechen, ihn bei seiner Hollywoodkarriere zu unterstützen. Scharen von Polizisten haben die Wohnungen von Jackson nach „Beweisen“ durchsucht. Dabei mußte der Sänger sich nackt ausziehen und die demütigende, unerhörte Prozedur über sich ergehen lassen, daß seine Genitalien fotografiert wurden. Spießige Klatschspalten-Schreiberlinge geben ihr Urteil ab über Jacksons langjährige Freundschaften zu Jungen sowie sein Aussehen und seinen Lebensstil.

Die Hexenjagd entwickelte schnell ihr Eigenleben. Im Mittelpunkt der Presseberichte stand der Ort der angeblichen Verführung, Jacksons 1000 ha große Neverland Valley Ranch, benannt zu Ehren des ewigen Kindes Peter Pan: ein Kindertraumland mit Zoo, Karussells, Kino und Indianerdorf. Jetzt behaupten zwei weitere Jungen, Jackson habe auch sie belästigt. Mehrere andere Jungen, die Freunde von Jackson sind (einschließlich des Kinderstars Macaulay Culkin), haben ihn verteidigt, und Elizabeth Taylor hat mutig zu ihm gestanden.

Durch einen Vergleich in der Größe einer achtstelligen Summe will Jackson jetzt weitere, strafrechtliche Prozesse abwenden. Doch egal – seine musikalische Karriere und sein ganzes Leben liegen in Scherben. Der scheue und zurückgezogen lebende Sänger soll selbstmordgefährdet und abhängig von Schmerzmitteln sein, was zum vorzeitigen Abbruch seiner „Dangerous“-Welttour geführt hat, begleitet von Nachstellungen durch Pressefotografen, Sensationsreporter und von Drohungen seiner Sponsoren, ihn wegen Vertragsbruchs zu verklagen. Seine Hauptkonsponsoren Pepsi und Sony haben ihn fallengelassen, genauso wie Nestlé den Basketball-Star Magic Johnson fallenließ, als er bekanntgab, daß er HIV-infiziert ist. Bei einer Fernsehansprache am 22. Dezember 1993 beschrieb Jackson unter Tränen, welch „grauenhafter Alptraum“ sein Leben geworden ist, und bestand darauf, daß er völlig unschuldig sei.

Kapitalistische Reaktion entfesselt Regierungsschnüffelei

Was den Jackson-Skandal so hervorstechend macht, ist die explosive Mischung von Homosexualität, Rasse und kindlicher Sexualität mit der Hexenjagd wegen „Kindesmißbrauchs“. Die vom Staat geschürte soziale Reaktion hat rechten Feldzügen Auftrieb gegeben wie dem Angriff der „Lebensschützer“ auf das Recht der Frauen auf Abtreibung, den „Keuschheits“-programmen für Jugendliche und anderen direkten Verleugnungen der Sexualität von Kindern und Jugendlichen; sie hat zu zunehmender Bigotterie gegen Homosexuelle geführt, zur Kampagne, Pornographie zu zensieren und Menschen einzusperrern wegen der Sachen, die sie lesen und sich anschauen, und zu einem all-



gemeinen Angriff auf das Recht auf eine Privatsphäre. Diese „Moral“-Kampagnen sollen das unterdrückerische Gefängnis der Familie glorifizieren und aufpäppeln, die Hauptinstitution für die Unterdrückung von Frauen und Kindern im amerikanischen Kapitalismus.

Der schärfste Auswuchs der Anti-Sex-Hexenjagd ist die von der Regierung geschürte Hysterie über den „rituellen Kindesmißbrauch“ in Kindertagesstätten, in der wilde unmögliche Vorwürfe Hunderte, wenn nicht Tausende von Beschäftigten, Kindern und Eltern eingefangen haben, in einen Alptraum unkontrollierter Hysterie. Dieser Kreuzzug ruft die einschüchternde

Atmosphäre der antikommunistischen McCarthy-Verfolgungen der 50er Jahre und der Hexenprozesse von Salem in den 1690er Jahren hervor: Er hat nichts zu tun mit dem Schutz von Kindern und alles mit der Verstärkung traditioneller „Familienwerte“; er soll berufstätigen Müttern, die ihre Kinder in Kitas unterbringen müssen, Schuldgefühle einimpfen, sowie Haß und Bigotterie gegen „Abweichler“ aufpeitschen, die nicht dem Diktat des bürgerlichen Establishments entsprechen, wie man sich korrekt zu benehmen habe.

Im letzten Frühjahr war „Kindesmißbrauch“ die Kampflösung von US-Präsident Clinton und Justizministerin Janet Reno, die den FBI-Sturm und die Verbrennung einer ganzen religiösen Kommune (einschließlich von Dutzenden schwarzer und weißer Kinder) in der Nähe von Waco, Texas, angeordnet hat.

In diesem zutiefst puritanischen Land sind sexuelle Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen, zwischen Alt und Jung und unter Homosexuellen eine Bedrohung für die sozialen Beziehungen, wie sie von unseren rassistischen bigotten kapitalistischen Herrschern und der religiösen Ideologie, die deren soziale Ordnung aufrechterhalten soll, verordnet werden. Hexenjagden wie die gegen Michael Jackson werden für reaktionäre politische Ziele manipuliert und dienen dazu, die pervertierten und unterdrückerischen Werte der Bourgeoisie durch Einschüchterung zu stützen.

An den Reichen und Berühmten ein Exempel statuieren

Von seinen Anfängen als Kinderstar der Jackson Five in Gary, Indiana, bis zum Riesenerfolg seines ersten Solo-Albums 1979 hat Jackson den größten Erfolg in der Geschichte des Rock 'n Roll „über die Schranken“ von Schwarz und Weiß hinweg erreicht. Als ein asexuelles Teenager-Idol (einer seiner Hits war ein Liebeslied für eine riesige Ratte!) erreichte Jackson ein Ausmaß an Popularität beim weißen Publikum, das für die meisten schwarzen Musiker unerreichbar ist; als der Musikvideosender MTV seine berühmte „Rassenschranke“ 1984 fallenließ, tat er dies mit Michael Jacksons Video „Billy Jean“.

Mit 40 Millionen verkauften Exemplaren ist Jacksons *Thriller* das meistverkaufte Album aller Zeiten. Das Interesse der Öffentlichkeit an Jacksons Schrullen und seiner zunehmend bizarren Erscheinung, in der männliche und weibliche, schwarze und weiße Merkmale verschwimmen, ist hoch: 62 Millionen Menschen sahen seinem TV-Interview zu. Heute sieht es so aus, als ob jeder ehemalige

Hamburg: DVU-Schlägerbande in S-Bahn U-/S-Bahn-Arbeiter: Schmeißt die Schwarzen Sheriffs raus!

Jetzt ist es amtlich: Der Chef der Schwarzen Sheriffs in Hamburg ist der berüchtigte DVU-Faschist Holger Stippel. Die Bundesbahn, die diese mit Faschisten durchsetzten paramilitärischen Banden seit Herbst 1992 auf den S-Bahnen einsetzt, sieht „keinen Handlungsbedarf“, denn diese Schläger wurden angeheuert, um die Bahnhöfe von „Pennern und Punkern rein“ zu halten. Mit dem Anstieg des Nazi-Terrors seit der kapitalistischen Wiedervereinigung gibt es auch eine Verschärfung des alltäglichen Rassismus seitens der Schläger in Uniform. So werden andauernd in Hamburg Immigranten, Schwule, Obdachlose und Leute, die einfach in den S-Bahnen einschlafen, von diesen Sheriffs überfallen. Und Millionen Werktätige werden täglich dazu gezwungen, hilflose Zuschauer dieses Terrors zu sein.

In der SPD-Hochburg Hamburg, der Stadt mit den meisten Millionären in Europa und mit mehr Obdachlosen als in jeder anderen Stadt in Deutschland, agieren die Privatbullen besonders brutal. Ende letzten Jahres wurde ein junger Iraner am Bahnhof Reeperbahn einfach aus der S-Bahn gezerrt, weggeschleppt und mißhandelt. Ähnlich erging es unserem Genossen Volker, der ebenfalls in ein Schaffnerhäuschen gezerrt wurde und dann brutal zusammengeschlagen wurde. Dabei rief der Angriff soviel Empörung hervor, daß beherzte Fahrgäste ausstiegen und gegen die Schläger protestierten. Eine Strafanzeige gegen die brutalen Sheriffs wurde sofort gestellt.

Die Bourgeoisie gibt sich nirgendwo mit der offiziellen Polizei und Armee zufrieden. Selbst in „ruhigen“ Zeiten unterhält sie paramilitärische gelbe Streikbrecher-Truppen und private bewaffnete Banden in den Fabriken wie den Werkschutz. Nach dem staatlich geschürten Pogrom in Rostock hat der Bundesgrenzschutz Tausende (darunter viele Skinheads) als Helfer zur Jagd auf Flüchtlinge an der deutsch-polnischen Grenze angeheuert.

Erst vor einem Jahr wurde der Skandal über die „Freiwillige Polizei-Reserve“ (FPR) in Berlin bekannt, deren Reihen von Nazis, Kriminellen und Vergewaltigern durchdrungen sind. Die FPR wurde unter Willy Brandt aufgebaut als antikommunistischer Stoßtrupp gegen die DDR. Jetzt wurde sie weißgewaschen und wird weiter vor Flüchtlingsheimen eingesetzt. Und im Abschiebeknast Glasmoor bei Hamburg sind bereits 14 Schwarze Sheriffs eingestellt.

Die Gewerkschaftsbürokraten schließen mit vollem Bewußtsein die Augen vor der Privatarmee der Bourgeoisie; sonst könnten sie nicht einen Tag lang ihr Bündnis mit der Bourgeoisie aufrechterhalten. Die Reformisten von MLPD bis PDS hämmern den Arbeitern systematisch die Vorstellung ein, daß die hochheilige Demokratie dann am besten gesichert ist, wenn die Bourgeoisie bis an die Zähne bewaffnet ist und die Arbeiter entwaffnet; und schüren Illusionen in den bürgerlichen Staat, dessen Polizei immer gegen die Arbeiterbewegung, die Linke und Immigranten eingesetzt wird. Sie sind für die „gewerkschaftliche Organisation“ der Polizei. Dagegen fordern wir Spartakisten: Polizei raus aus dem DGB. Was die Nazis und ihren staatlich abgesegneten Terror stoppen kann, ist die organisierte Macht der Arbeiterbewegung. U-/S-Bahnarbeiter müssen fordern: Bullen und Wachschatz raus aus den Bahnhöfen.

Jetzt stehen die Arbeiter von ÖTV und GdED vor großen Kämpfen gegen Lohnraub und Massenentlassungspläne. Wie Leo Trotzki im *Übergangsprogramm* von 1938 schrieb: „Die Streikbrecher und die Privatgendarmen in den Fabriken sind die Grundzellen der Armee des Faschismus. Die *Streikposten* sind die Grundzellen der Armee des Proletariats.“ Für Arbeiter/Immigrantenpatrouillen, um die Bahnhöfe frei zu halten von Nazi-Dreck! Für Arbeiterverteidigung von Immigrantenvohnheimen! Arbeiter von ÖTV und GdED: Schmeißt die Schwarzen Sheriffs raus!■

Mitarbeiter von Jackson, der etwas gegen ihn hat, im Fernsehen erscheint, während seine Schwester La Toya, die einzige aus der Jackson-Familie ohne Talent, Pressekonferenzen abhält, in denen sie „alles erzählt“.

Film- und Musikstars sind wegen ihres hohen öffentlichen Bekanntheitsgrades und ihres üppigen Lebensstils seit Jahrzehnten immer wieder Säuberungen ausgesetzt gewesen, weil sie angeeckt sind an der bürgerlichen Moral oder der herrschenden Politik: die antikommunistische Hexenjagd in Hollywood hat während der 50er Jahre viele Karrieren zerstört. Charlie Chaplin (dessen sozialistische Sympathien FBI-Boß Hoover auf die Palme brachten) wurde wegen „moralischer Verfehlungen“ vor Gericht gebracht und aus den USA ausgewiesen. Jerry Lee Lewis, „The Killer“, kam auf die schwarze Liste, weil er völlig legal seine 14 Jahre alte Cousine heiratete. Die jetzige Vendetta gegen Jackson kommt direkt nach dem Presse-Massaker an Woody Allen, dessen Affäre mit der 20 Jahre alten Adoptivtochter seiner ehemaligen Lebensgefährtin Mia Farrow „enthüllt“ wurde. Danach versuchte Farrow rachsüchtig, ihn mit dem erfundenen Vorwurf hinter Gitter zu bringen, er hätte ihre sieben Jahre alte Tochter sexuell mißbraucht.

Michael Jackson leugnet, irgend etwas anderes getan zu haben, als vollständig bekleidet mit diesem Jungen im sel-

ben Bett geschlafen zu haben. Auf jeden Fall gibt es in keiner der Anschuldigungen auch nur einen Hinweis darauf, daß er irgendeinen der Jungen zu irgend etwas gezwungen hätte. Jacksons persönliches Leben geht niemanden außer ihm etwas an. Die drohende Strafverfolgung beruht auf reaktionären Gesetzen über „sexuelle Mündigkeit“, mit denen geaugnet wird, daß Kinder und Jugendliche aus sich heraus irgendein Interesse an Sex haben können. Ihr Zweck ist es nicht, Kinder zu schützen, sondern bei Jugendlichen, die Sex haben wollen, Enthaltensamkeit, Schuldgefühle und Angst hervorzurufen. Statt dessen sollte es bei sexuellen Beziehungen die grundlegende Herangehensweise sein, daß sie auf gegenseitigem Einverständnis beruhen, unabhängig vom Alter, dem Geschlecht oder anderen Eigenschaften der betreffenden Menschen. Wenn es auch schwierig sein kann, festzustellen, ob solch ein Einverständnis vorliegt, besonders wenn es um Beziehungen von jungen zu älteren Menschen geht, so sind solche Beziehungen nicht von vornherein der Beweis für Mißbrauch oder Zwang. In Michael Jacksons Fall ist ein äußerst profilierter und verletzlicher berühmter Mensch zum Sündenbock gemacht worden in einem Klima der Hysterie, das von der Regierung geschürt wird. Regierung raus aus dem Schlafzimmer!

Nach Workers Vanguard Nr. 592, 21. Januar

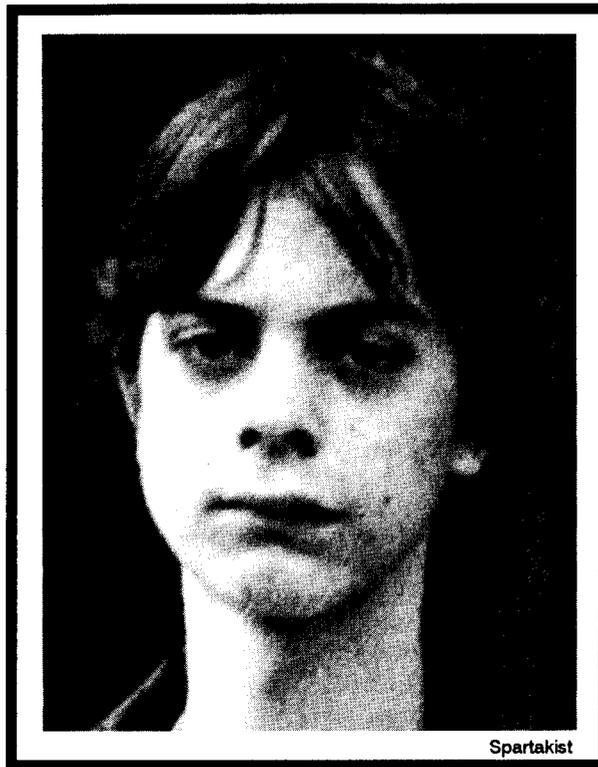
Daniel Eggers

1976 – 1994

Unser geliebter Genosse Daniel Eggers starb am 6. Januar in Hamburg. Er war erst 17 Jahre alt, am 31. Januar wäre er 18 geworden. Daniel wurde mit Lungenentzündung, Hirnhautentzündung und Nierenversagen ins Krankenhaus eingeliefert, von deren Folgen er sich nicht mehr erholte. In ihrem Beileidschreiben über Daniel schrieb unsere Genossin Christine der Spartakowska Grupa Polski: „Ich habe ihn sofort sehr gemocht. Er hat mich sehr beeindruckt als ein aufmerksamer und einfühlsamer junger Genosse mit einem scharfen und engagierten Verständnis unseres Programms. Er beeindruckte mich auch durch seine große Bescheidenheit und Liebenswürdigkeit. Es ist furchtbar, daran zu denken, daß sein Leben, das so reif und vielversprechend war, so früh abgebrochen wurde.“

Die große Liebe für Daniel zeigten auch die vielen Kränze und Gestecke auf seiner Beerdigung am 15. Januar in seiner Heimatstadt Winsen, an der viele Verwandte, Freunde, Kollegen und unsere Genossen teilnahmen. Neben den Kränzen der Familie gab es wunderschöne Kränze von Kollegen und Patienten von Altenpflegestationen in Winsen und Hamburg, auf denen Daniel während seines Praktikums und seiner Ausbildung gearbeitet hatte. Freunde legten eine liebevoll zusammengestellte Fotoseite am Grabe nieder. Unsere Genossen der verschiedenen Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga (4. Internationalisten) schickten Kränze, die mit Grüßen seiner Freunde aus Moskau, Britannien und Irland, Mailand, Frankreich und den USA unterschrieben waren. Bei der Trauerfeier wurde Daniels Lieblingslied von Tracy Chapman gespielt. Am 13. Februar werden wir einen Kranz am Denkmal für die Gefallenen der Revolution von 1918–20 auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf niederlegen und anschließend eine Gedenkfeier für unseren geliebten Daniel durchführen.

Wie viele Jugendliche in dieser Gesellschaft repräsentierte Daniel das Beste einer neuen Generation antifaschistischer Jugendlicher. Im November 1992 initiierte er eine Verteidigung eines Immigrantenvohnheims gegen Nazis in Niedersachsen und berichtete darüber im *Spartakist* Nr. 100 (Januar 1993). Daniel wurde durch Lenins *Staat und Revolution* vom Anarchismus zur marxistischen Sicht rekrutiert. Seine Eintrittserklärung mit dem Titel „Besonders überzeugt von der Diktatur des Proletariats“ und damit Kernaussage seines jungen Lebens wurde im *Spartakist* Nr. 104 (Juni 1993) abgedruckt. Seinen Beitrag zu unserem Kampf für eine leninistische proletarische Perspektive drückte Daniel auf der letzten Konferenz der Spartakist-Arbeiterpartei so aus: „Ich bin ja nicht umsonst gerade zu euch gestoßen und nicht vielleicht zu Voran oder JRE oder wem



auch immer, sondern eben weil ihr ein Programm habt, das auf den Arbeitern basiert ... Und ich denk mir, eigentlich sollte es unsere Aufgabe sein, hart gegen diese Opponenten zu kämpfen und sie zu spalten, um aus ihnen rekrutieren zu können.“

Am 9. Januar, als 100 000 Berliner zu Ehren von Luxemburg, Liebknecht und Lenin mit Blumen zur Gedenkstätte der Sozialisten nach Berlin-Friedrichsfelde strömten, legten unsere Genossen dort vor dem Denkmal „Die Toten mahnen uns“ einen Kranz zu Ehren Daniels nieder. Im Gedenken an Daniel hielt Genosse Alexis Hecht eine Rede, die wir nachfolgend abdrucken:

„Wir trauern hier um unseren Genossen Daniel, den wir am Donnerstag verloren haben. Er war noch nicht einmal 18, er war so jung. Genossen von Moskau und Warschau bis San Francisco

stehen auf unserer Seite und auf der Seite unserer Genossen in Hamburg, und wir wollen alle unser Mitgefühl für Daniels Familie ausdrücken.

Daniel kam aus dem autonomen Milieu, brach jedoch politisch mit ihnen über die Frage der kapitalistischen Wiedervereinigung, wozu sie keine Antwort auf seine Fragen geben konnten. Nach dem Rostocker Pogrom initiierte er selbst die Verteidigung eines Immigrantenvohnheims gegen Nazi-Terror in seiner Stadt Winsen an der Luhe, und er kam in Kontakt mit uns. Er nahm an vielen unserer wichtigsten Aktionen teil, zum Beispiel an der Verteidigung eines Immigrantenvohnheims am 30. Januar in Berlin, dem Protest zum Prozeß in Moabit wegen der von uns heruntergerissenen Nazifahne am Brandenburger Tor.

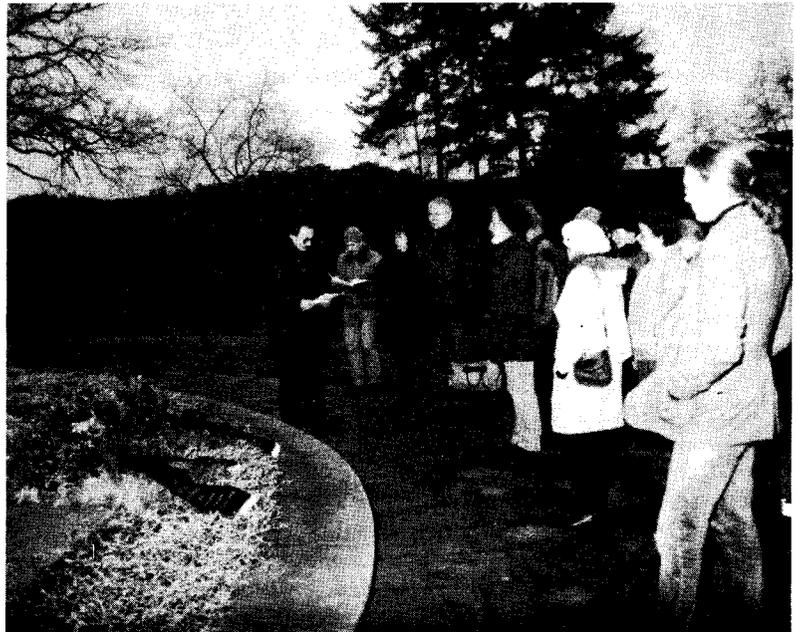
Anfang März war ich mit ihm im Ruhrgebiet, wo wir mit unserer Zeitung in den Streik der Stahlarbeiter intervenierten. Denn er suchte eine proletarische Perspektive. Wir diskutierten über Afghanistan, die russische Frage und die Frauenfrage. Anschließend studierte er *alle* unsere Artikel zu Afghanistan gründlich, weil diese Frage ihm besonders am Herzen lag. So machte er es immer: den Problemen auf den Grund zu gehen. Und genauso in den internen Auseinandersetzungen.

In dieser Gesellschaft, die besonders feindlich ist gegen Immigranten, Frauen, alte Leute, entschied er sich, eine Lehre für Altenpflege zu machen. Er erklärte uns noch im Dezember, wie er diesen in dieser kapitalistischen Gesellschaft typischen Frauenberuf betrachtete: die Leute langsam und behutsam zu behandeln. Was ihm dabei gefiel, ist, daß es viel um Therapie ging, um einen menschlichen Kontakt, und den Leuten zu helfen.

Als er im Mai auf einer Schulung der SpAD einen Reisebericht über andere europäische Sektionen der Internationalen Kommunistischen Liga hörte, war er von dieser inter-



Spartakist



Spartakist

Berlin – 9. Januar. Spartakisten legen früh am Morgen einen Kranz am Mahnmal der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde nieder. Mit kurzen Reden gedachten Freunde und Genossen unseres jungen Genossen Daniel, in der Tradition der Arbeiterbewegung, an diesem Mahnmal Blumen für alle gefallenen Revolutionäre niederzulegen. An diesem Sonntag kamen fast 100 000 zu Ehren der Drei L – Lenin, Liebknecht und Luxemburg

nationalistischen Perspektive so begeistert, daß er eine machtvolle Eintrittserklärung schrieb, die wir in unserer Zeitung veröffentlichten. Er zog nach Hamburg um, um besser mit der Partei arbeiten zu können. Im November übernachtete er bei Jana und mir und hörte sich begeistert an, wie unser Genosse Jorge über die Situation in unserer amerikanischen Sektion und die Perspektiven dort mit der Jugend erzählte. Ich war beeindruckt, wie er sich gut auf

Englisch unterhielt.

Er ist ein besonderer Schatz für uns, ein Vorbild für eine ganze Generation, die heranwächst und gegen den Anstieg der Faschisten und für eine menschliche Zukunft kämpfen will. Es ist unsere Verpflichtung, die weiteren Daniels zu suchen, die den Kampf unserer gefallenen Genossen Martha, Dirk, Elke fortführen werden für den Kommunismus von Lenin, Liebknecht, Luxemburg.“■

Sofortige Freilassung der fünf Antifa-Gençlik aus Kreuzberg!

Seit Mitte November 1993 sitzen die fünf türkischen und kurdischen Antifaschisten Fatma, Mehmet, Abdin, Erkan und Bahretin in Haft. Anderthalb Jahre zuvor ist in einem China-Restaurant in Kreuzberg dem Leben des faschistischen Funktionärs der Deutschen Liga, Kaindl, ein Ende gesetzt worden. Ein zweiter Nazi, Thorsten Thaler, blieb angeschlagen zurück. Diese Nazi-Typen hatten sich in der Kneipe zu einem finsternen Treffen zusammengerottet. Wer immer auch diese Provokation gestoppt hat, hat ganz klar kein Verbrechen begangen. Jetzt wurden kurz vor dem Verbot der Kurdischen Arbeiterpartei PKK Jugendliche aus dem Immigrantenbezirk Kreuzberg willkürlich verhaftet und in den Knast gesteckt, weil sie einer integrierten Antifa-Gruppe angehören, die sich gegen Nazi-Terror verteidigen will.

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft zur Unterstützung der Gefangenen auf. *Sofortige Freilassung der fünf Antifaschisten und Niederschlagung sämtlicher Verfahren!* Spendet an den Freundeskreis der Gefangenen: R. Stüker, Sparkasse Berlin, Konto 240 297 679, BLZ 100 500 00, Stichwort „Antifa“. Weitere Informationen: FreundInnen und UnterstützerInnen, c/o Kreuzbüro, Großbeerstr. 89, 10963 Berlin.

Spartakist-Diskussionskreise

Berlin

Linkstreff, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)
Donnerstag, 17. Februar, 18.30 Uhr
Staat und Revolution

Halle

SpAD-Tisch, Marktrestaurant
Com-Center, Philipp-Müller-Straße 57, 06110 Halle
Donnerstag, 17. Februar, 19.00 Uhr
**Für die Wiederschmiedung
der Vierten Internationale!**

Hamburg

Haus für Alle, Amandastraße 58, 20357 Hamburg
Sonnabend, 19. Februar, 14.30 Uhr
**Der Kampf der Trotzklisten
gegen Faschismus in Deutschland**
Sonnabend, 5. März, 14.30 Uhr
Die Volksfront – Todfeind jeder Revolution

Leipzig

SpAD-Tisch, Haus der Volkssolidarität
Gottschedstraße 33, 04109 Leipzig
Mittwoch, 16. Februar, 19.00 Uhr
**Für die Wiederschmiedung
der Vierten Internationale!**

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution* (USA)



Women and Revolution: Internationale kommunistische Zeitschrift für die Befreiung der Frau

Im letzten Jahr hat die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) eine bescheidene Ausweitung unserer besonderen Arbeit zur Frage der Frauenbefreiung begonnen. Der Kampf für Frauenrechte hat nach der kapitalistischen Konterrevolution in der UdSSR und Osteuropa besondere politische Bedeutung gewonnen. Dort entfesselte die Rückkehr zum imperialistischen „freien Markt“ aggressive Angriffe gegen die Rechte, die die Frauen und die Arbeiterbewegung durch die proletarische Eroberung der Staatsmacht in Rußland gewonnen hatten, die nach dem Zweiten Weltkrieg auf Osteuropa ausgeweitet wurde. Darüber hinaus haben wachsende innerimperialistische Rivalitäten und die Kampagne der Kapitalisten, die Profite durch noch intensivere Ausbeutung zu erhöhen, ein reaktionäres soziales Klima angefacht, in dem grundlegende Rechte wie das Recht auf Abtreibung zunehmend eingeschränkt oder abgeschafft werden sollen. Wir erwarten daher, daß *Women and Revolution* in den zukünftigen Kämpfen eine größere Rolle spielen wird.

Wenn auch diese Perspektive notwendigerweise vom Umfang her begrenzt ist, so ist sie doch auf die Tradition der Arbeit der Bolschewiki unter den Frauen ausgerichtet, auf die Autorität ihrer Zeitung *Rabotniza* (Die Arbeiterin) und auf die leninistischen Prinzipien der frühen Kommunistischen Internationale, die ein Frauensekretariat und eine internationale Frauenzeitschrift gründete. Wie wir im *Spartakist* (Nr. 106, September 1993) schrieben:

„Ein integraler und strategischer Bestandteil unserer Perspektive als Trotzisten ist es, die Massen der Frauen für die proletarische, revolutionäre Avantgardepartei und den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen. Wie Clara Zetkin 1921 sagte: ‚Ohne Eroberung der politischen Macht, ohne Aufrichtung der Räterediktatur kein

kommunistischer Aufbau, keine Befreiung, keine Gleichberechtigung der Frauen. Aber ... ohne Mitarbeit, ohne den Mitkampf der Frauen keine Eroberung der politischen Macht, kein kommunistischer Aufbau.‘ Genau in dieser Tradition intervenieren wir in die Kämpfe zur Verteidigung von Frauenrechten.“

Für die IKL als eine leninistische kämpfende Propagandagruppe, die als Volkstribun intervenieren und die bewußtesten, politisch engagiertesten Schichten für den Kampf um den Sozialismus gewinnen will, ist unsere Presse das erste und wichtigste Werkzeug der Organisierung. Die Presse der Avantgardepartei ist ein kollektiver Organisator, der unser revolutionäres Programm zur Arbeiterklasse bringt, zu den Frauen, den Jugendlichen, den besonders unterdrückten rassischen und ethnischen Minderheiten. Unser Ziel ist es, eine Partei aufzubauen, die die Arbeiterklasse in unversöhnlichem Kampf gegen die Herrschaft des Kapitals führen kann, das uns ausbeutet und unterdrückt. Als Kommunisten wissen wir, daß das Schicksal der Frauen vom Ausgang des Klassenkampfes abhängt.

Leninistische Arbeit zur Frauenfrage

Mit der Präsentation der „Thesen über die Methoden und Formen der Arbeit unter den Frauen der Kommunistischen Parteien“ auf dem Dritten Weltkongreß 1921 gründete die Kommunistische Internationale eine Sektion für die besondere Arbeit unter Frauen, die alle nationalen Parteien auf jeder Ebene einbezog. Die Arbeit wurde auf der internationalen Ebene durch das Internationale Kommunistische Frauensekretariat unter dem Vorsitz von Clara Zetkin angeleitet, die auch Herausgeberin der Zeitschrift *Die Kommunistische Fraueninternationale* war. Die Frauensektionen, gegründet sowohl auf nationaler als auch auf internationaler



Rabotniza (Die Arbeiterin) erschien zuerst 1914; *Die Kommunistische Fraueninternationale* 1921. Die Komintern-Parteien brachten Frauenzeitschriften wie die französische *L'Ouvrière* (Die Arbeiterin, 11. März 1922) heraus. In Italien enthielt *L'Ordine Nuovo* (Die Neue Ordnung) Frauenseiten wie „Die Konferenz der Kommunistinnen“ vom 6. April 1922

Kommunisten organisierten den „Ersten Kongreß der Völker des Ostens“ 1920 in Baku, Aserbajdschan. Hier zu sehen ist eine Demonstration der Frauengewerkschaft von Baku am 22. August 1920; das Banner rechts lautet auf Aserbajdschanisch: „Lang lebe die Weltrevolution“, der russische Text verbindet die „Befreiung der Frauen“ mit der „Befreiung der Werktätigen aller Länder“. Militante Frauen zogen sogar den Schleier über, um das marxistische Programm zu moslemischen Frauen zu bringen



Archive Jules Humbert-Droz, Schweiz

Ebene, griffen die besonderen Bedürfnisse der Frauen als einer unterdrückten Gruppe der Gesellschaft auf; dabei wurden sie von der Partei angeleitet und versuchten den Einfluß der Partei auf Schichten von Frauen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auszudehnen, deren Beteiligung an der revolutionären Bewegung von zentraler Bedeutung war. Diese Übergangsorganisationen wurden gegründet, um besondere Arbeit unter Frauen durchzuführen, die niedergedrückt durch das Erbe von Jahrtausenden der Unterjochung, nur durch besondere Methoden in Klassenkampfaktionen einbezogen werden konnten. Die Bolschewiki wiesen die herabsetzende Haltung zurück, nach der die Befreiung der Frauen „Frauenarbeit“ sei, und sahen diese als eine Aufgabe der gesamten Partei an; daher begrüßten sie es, wenn männliche Genossen an den Frauenkommissionen, die die Parteiarbeit auf diesem Gebiet anleiteten, teilnahmen.

Die Presse war lebenswichtig für diese Arbeit. Zetkin plante „Frauseiten“ in den Zeitungen jeder Sektion, Frauenzeitschriften der Sektionen und eine internationale Zeitschrift, die „allgemeine, allumfassende Berichte wie auch besonders wichtige spezielle Berichte“ enthalten und die „Aufmerksamkeit auf gegenwärtige allgemeine Probleme, Aufgaben und Kampagnen“ ziehen sollte. Dies war natürlich die Perspektive für die Frauensektion einer millionenstarken Dritten Internationale. Die nationalen Parteien brachten nationale Frauenzeitschriften heraus oder richteten Frauenseiten in ihrer Parteipresse ein. Zum Beispiel brachte die Kommunistische Partei Frankreichs *L'Ouvrière* (Die Arbeiterin) heraus, während die Kommunistische Partei Italiens in ihrer Tageszeitung *L'Ordine Nuovo* (Die neue Ordnung) Frauenseiten einführte.

Zetkin stellte *Die Kommunistische Fraueninternationale* vor: „Sie ist zur Zeit das einzige internationale Frauenorgan, das die Probleme der sogenannten Frauenfrage nicht vom brüchigen Boden der bürgerlichen Gesellschaftsauffassung und in frauenrechtlicher Perspektive betrachtet, sondern das mit seiner Wertung der Dinge auf dem wetherharten Granit der sozialistischen, der kommunistischen Weltanschauung steht, den Blick unverrückt der Menschheitsbefreiung durch den Kommunismus zugewendet“ (*Die*

Kommunistische Fraueninternationale Nr. 1, April 1921). In den „Thesen“ erklärte die kommunistische Frauenbewegung ihre Opposition zum bürgerlichen Feminismus:

„Solange die Macht des Kapitals und des Privateigentums in den kapitalistischen Ländern besteht, kann die Befreiung der Frau aus der Abhängigkeit vom Manne nicht weiter gehen als bis zu dem Rechte, über ihr eigenes Besitztum, ihren Verdienst zu verfügen und gleichberechtigt mit dem Mann das Schicksal der Kinder zu entscheiden. Das Streben der Feministinnen ... entscheidet nicht die Frage der tatsächlichen Gleichstellung der Frauen und besonders nicht der Frauen der nichtbesitzenden Klassen, was die Arbeiter aller jener kapitalistischen Länder erfahren haben, in denen die Bourgeoisie in den letzten Jahren formell die politische Gleichberechtigung der Geschlechter eingeführt hat.“

Die Bolschewiki hoben hervor, daß die Vorbedingung für die Frauenemanzipation der revolutionäre Sturz der kapitalistischen Ordnung ist, die die Frauen als Arbeiterinnen ausbeutet und sie als Hausklavinnen unterdrückt. Nachdem das Proletariat im Oktober 1917 unter der Führung der Bolschewiki die Staatsmacht erobert hatte, ging die sowjetische Regierung sofort daran, alle alten gesetzlichen Hindernisse für die Gleichstellung der Frauen zu beseitigen, sie gab den Frauen das Wahlrecht und brach die Macht der orthodoxen Kirche über Heirat und Scheidung, indem sie beides zu einer einfachen Angelegenheit der zivilrechtlichen Eintragung machte. Aber die Unterdrückung der Frauen konnte nicht einfach durch Gesetze aus der Welt geschafft werden: Dies erforderte, die Grundlage neuer Lebensweisen dadurch zu legen, daß die Institution der Familie als soziale und wirtschaftliche Einheit durch die Vergesellschaftung der Hausarbeit ersetzt wird.

Das Ziel der Bolschewiki war, Kindertagesstätten und öffentliche Restaurants zu schaffen, um Frauen die volle Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen. Sie richteten auch besondere Schulen ein, die Frauen das Lesen und Schreiben beibrachten, und versuchten, Frauen den gleichen Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu verschaffen. Im Osten der Sowjetunion

Fortgesetzt auf Seite 14

Women and Revolution...

Fortsetzung von Seite 13

legten heroische Kommunistinnen den Schleier an, um die grauenhaft unterdrückten moslemischen Frauen zu erreichen, die, weil sie am meisten zu gewinnen hatten, das Glied sein konnten, das die feudale Kette zerbrechen ließ. Die sowjetische Staatsmacht unterminierte sorgfältig und systematisch die lokalen Stammessitten durch die Demonstration der Überlegenheit sowjetischer Institutionen.

Die wirtschaftliche Rückständigkeit des jungen Sowjetstaates und seine internationale Isolierung durch den feindseligen Weltimperialismus bedeutete, daß die Bolschewiki nur andeutungsweise die gesellschaftlichen Ressourcen in

wird unsere Rechte sichern und die Grundlagen für eine neue Welt legen.

Frauenrechte an vorderster Kampffront

In der neuesten historischen Periode entwickelte sich der Kampf für die Frauenrechte zu einer international wichtigen politischen Streitfrage, als Chomeini 1979 dem von den USA gestützten Schah im Iran die Macht entriß. Die islamische Diktatur der Mullahs beruhte auf dem uneingeschränkten Recht auf kapitalistische Ausbeutung, der Besitzlosigkeit der Bauern und der allumfassenden Unterdrückung der Frauen. Groteskerweise waren die meisten iranischen und westlichen Linken nicht gegen dieses Regime des theokratischen Terrors, sondern *bejubelten* es. Nur

die IKL (damals die internationale Spartacist Tendenz) stellte sich diesem Block mit Chomeini entgegen mit der Losung: „Für Arbeiterrevolution im Iran! Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs!“ Wir argumentierten, daß die Verteidigung der Rechte der Frauen von zentraler Bedeutung ist für eine revolutionäre Perspektive im Iran, und forderten „Nein zum Schleier!“ (siehe „Opportunist Left Paved Way for Khomeini: Social Struggle Shakes Islamic Dictatorship“ [Opportunistische Linke machte den Weg frei für Chomeini: Soziale Kämpfe erschüttern die islamische Diktatur], *W&R* Nr. 41, Sommer/Herbst 1992).

Als der zweite Kalte Krieg des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion heißer wurde unter Carter und Reagan, entwickelte sich die Verteidigung der Frauenrechte zu einer Schlüsselfrage in anderen Gegenden der Welt. In Afghanistan führten die von der CIA unterstützten feudalistischen Mudschaheddin

einen Bürgerkrieg gegen das von der Sowjetunion unterstützte Regime in Kabul. Wenn die Kremlbürokratie auch die Rote Armee aus ihren eigenen Gründen dorthin schickte (Verteidigung einer gemeinsamen Grenze in einem historisch instabilen Gebiet), so hat das sowjetische Militär doch objektiv das Leben und die Rechte der Frauen verteidigt: Die Reformen des Kabuler Regimes zugunsten der Ausbildung und der legalen Rechte von Frauen standen auf der Abschußliste der Mudschaheddin, die Lehrer erschossen, weil sie kleinen Mädchen das Lesen beibrachten.

In Polen starteten die Imperialisten einen letztlich erfolgreichen Versuch, den Kommunismus zurückzurollen, indem sie die Kirche von Papst Wojtyla als Rammbock benutzten. Der Aufstieg von Lech Walesas klerikalistischer Solidarność zu Beginn der 80er Jahre wurde von der CIA, den deutschen Banken und der Wall Street finanziert. Unser Aufruf „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność“ stach scharf hervor als eine Konkretisierung der festen trotzkistischen Position, daß die UdSSR und die deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen die kapitalistische Restauration verteidigt werden müssen. Später war das Recht der Frauen auf Abtreibung eines der ersten Opfer von Walesas kapitalistischem Regime.

Polen und Afghanistan stellten frühe Schlachtfelder dar beim imperialistischen Frontalangriff auf die Planwirtschaften der von den Stalinisten beherrschten Staaten. Heute gehören die Frauen in ganz Osteuropa und in der Ex-UdSSR zu den größten Verlierern, da das Profitsystem der imperialistischen „Demokratie“ in massivem Umfang soziale Errungenschaften zerstört wie das Recht auf Abtreibung,



W&R sagte 1980 „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“; nur sowjetische Armee schützte Frauen vor brutaler Unterjochung unter dem Schleier. Artikel von 1991 über die palästinensischen Frauen verbindet Frauenbefreiung und nationale Befreiung mit der trotzkistischen Perspektive der permanenten Revolution im Nahen Osten

dem großem Maßstab zur Verfügung stellen konnten, der notwendig ist, um die Gleichheit für Frauen zu erreichen. Mit der stalinistischen Usurpation der politischen Macht von 1923 an wurde das bolschewistische Programm selbst aufgegeben. Der Stalinismus zerstörte die Kommunistische Internationale als eine revolutionäre Kraft, indem er sie der falschen Doktrin vom „Sozialismus in einem Land“ unterordnete. 1925 stellte *Die Kommunistische Fraueninternationale* ihr Erscheinen ein. Die Frauensektion der Dritten Internationale war eines der ersten Opfer des Stalinismus.

Heute orientiert sich die Internationale Kommunistische Liga an dem Erbe der Arbeit der Bolschewiki unter den Frauen und verteidigt es gegen die Stalinisten, die es verraten haben, und die bürgerlichen Feministen, die seine Klassenfeinde sind. Wie die Bolschewiki weisen wir den Verrat der Sozialdemokraten und anderer Reformisten zurück, die die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ein paar Krümeln beschwichtigen wollen. Die falsche Vorstellung vom Kapitalismus „mit einem menschlichen Antlitz“ soll nur die Macht des Kapitalismus zur Ausbeutung verstärken und somit die vollständige Befreiung der Frauen verhindern. Dies hat sich immer wieder in einem Land nach dem anderen in den Kämpfen der letzten Zeit um das Recht auf Abtreibung, eine einfache Reform, gezeigt. Selbst dieses grundlegende demokratische Recht zu verteidigen bedeutete eine Konfrontation mit dem kapitalistischen Staat und mit der tief verwurzelten Macht der organisierten Religion. Die Verteidigung der grundlegenden Rechte unter dem Kapitalismus erfordert eine klassenkämpferische Mobilisierung; doch nur der Sturz dieses Systems ein für allemal

die kostenlose Ausbildung und reichlich vorhandene Kindertagesstätten. Als einen Begleitartikel zu „Defeat Yeltsin/Bush Counterrevolution!“ [Besiegt die Konterrevolution von Jelzin/Bush!] (*W&R* Nr. 40, Winter 1991/92) druckte *W&R* ein „Interview mit sowjetischen Frauen“ ab, das von der Moskauer Station der IKL durchgeführt worden war, in dem zwei sowjetische Frauen über die widersprüchlichen Erfahrungen von Frauen unter dem Stalinismus sprachen und über die ungeheure Verschlechterung der sozialen Verhältnisse für Arbeiter und Frauen, die sie schon unter Gorbatschow und Jelzin erlitten.

Das Anwachsen der kapitalistischen Reaktion war in den 80er Jahren auf der ganzen Welt spürbar, auch in den USA, wo die Reagan-Bush-Jahre als Teil einer allseitigen innenpolitischen Verschärfung einen Angriff gegen das Recht auf ein Privatleben hervorbrachten. Clinton hat den Regierungsfeldzug gegen das Privatleben nur eskaliert; das Signal dafür war die Verbrennung von 86 Männern, Frauen und Kindern in Waco, Texas, durch Janet Reno, „Justizministerin der USA – wegen des „Verbrechens“, Mitglieder einer religiösen Sekte zu sein. *W&R* ist wichtig gewesen für unseren Kampf, aktive Kämpfer für unser sozialistisches Programm sowie für die Forderung nach kostenloser Abtreibung auf Wunsch und für die militante klassenkämpferische Verteidigung der Abtreibungskliniken zu gewinnen.

Eine internationale Zeitschrift

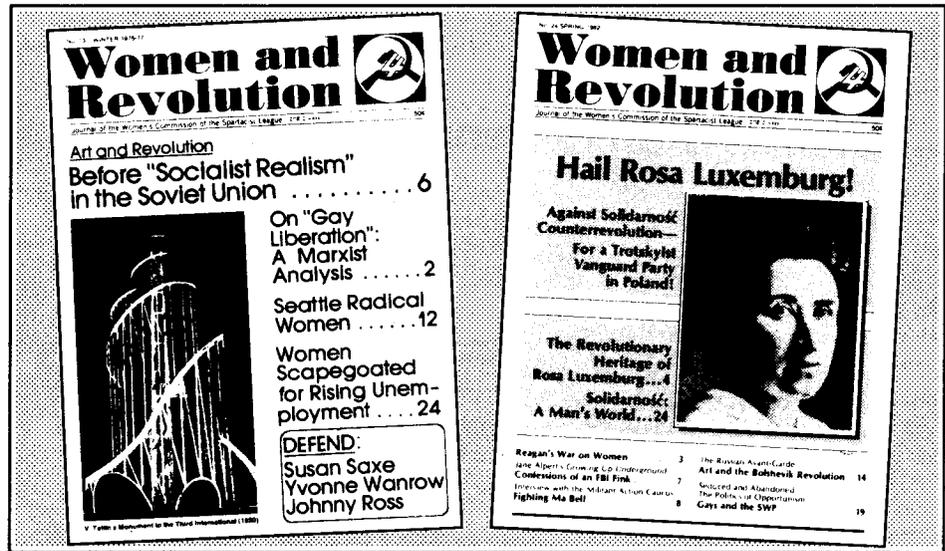
Women and Revolution, Zeitschrift der Kommission des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S. für Arbeit unter Frauen, wurde 1971 gegründet als eine besondere Zeitschrift, die versucht, mit einem kommunistischen Programm in die Frauenbewegung zu intervenieren, die sich aus dem Zerfall der Neuen Linken in den USA entwickelt hatte. Diese Bewegung ist zwar schon längst abgeflaut, doch die SL hat *Women and Revolution* aufrechterhalten, die einzige marxistische Zeitschrift in den USA, die sich der Frage der Frauenemanzipation widmet.

W&R ist immer international orientiert gewesen und hat Beiträge aus allen nationalen Sektionen der IKL veröffentlicht. Außerhalb der USA wird die Zeitschrift regelmäßig in den englischsprachigen Ländern, in denen wir Unterstützung haben, verkauft (Kanada, Britannien, Irland und Australien), und sie hat auch eine begrenzte Leserschaft in Ländern, in denen kein Englisch gesprochen wird. In letzter Zeit ist *Women and Revolution* eine Zeitschrift der gesamten IKL geworden, alle IKL-Sektionen werden auf einer beständigeren Basis um Artikel zu politisch dringenden Fragen gebeten, die die Frauenfrage und damit zusammenhängende Fragen besonderer Unterdrückung berühren.

Von London über Toronto bis Sydney in Australien ist *W&R* bei Immigrantinnen und Frauen der jeweiligen Minderheiten populär, die uns wegen unserer Weigerung schätzen, vor religiöser Rückständigkeit oder frauenfeindlichem Nationalismus zu kapitulieren. Unser Artikel „80 Million Women Maimed: The Crime of Female Genital Mutilation“ [80 Millionen Frauen verstümmelt: Das Verbrechen der genitalen Verstümmelung von Frauen] ist besonders von afrikanischen Frauen in London gekauft worden und in Frankreich, wo er in einer französischen Übersetzung in *Le Bolchévique*, der Zeitung der Ligue trotskyste de France, erschien. „Korean Women Expose ‚Comfort Girl‘ Atrocities:

Japanese Imperial Army Enslaved Women“ [Koreanische Frauen decken Greuelthaten an ‚Freudenmädchen‘ auf: Die kaiserliche japanische Armee versklavte Frauen] erschien auf Englisch in *W&R* Nr. 41 (Sommer/Herbst 1992) und auf Japanisch in *Spartacist Japan* Nr. 13 und stieß auf großes Interesse bei einer Vielzahl von politischen und kulturellen Veranstaltungen in Japan, die von Koreanern der zweiten und dritten Generation organisiert wurden zur Frage der Frauen, die durch die japanische Armee zur Prostitution gezwungen worden waren, und zum Kampf für Bürgerrechte im rassistischen Japan.

Der kapitalistische Staat geht Arm in Arm mit seinem natürlichen Verbündeten, der religiösen Reaktion, gegen Frauenrechte in Ländern wie Italien und Irland vor, wo die



W&R schreibt über vielseitige Aspekte von Gesellschaft und Kultur: links ein Artikel über Kunst in der Sowjetunion vor dem Aufstieg des Stalinismus (Nr. 13, Winter 1976/77). Rechts erinnern wir an das revolutionäre Erbe von Rosa Luxemburg, im Kampf gegen die Konterrevolution von Solidarność in Polen (Nr. 24, Frühjahr 1982)

Kirche historisch eine dominierende politische Kraft ist. In „Vatican Leads Onslaught Against Abortion Rights“ [Vatikan führt Angriff gegen das Recht auf Abtreibung] (*W&R* Nr. 41) forderte die Lega Trotskista d'Italia: „Kirche und Staat raus aus dem Schlafzimmer! Für die vollständige Trennung von Kirche und Staat!“

In Irland steht der mächtige Würgegriff der katholischen Hierarchie auf jeden Aspekt des sozialen Lebens, von der medizinischen Versorgung bis zur Ausbildung, hinter der Verweigerung des Rechts auf Abtreibung und Scheidung. Zum Teil durch unsere Intervention in die irische Studentenbewegung für das Recht auf Abtreibung hat die IKL eine kleine Sektion in Dublin geschmiedet, die Dublin Spartacist Group, die mit großem Einsatz *Workers Hammer*, die Zeitung der britischen Sektion, und *Women and Revolution* an junge Leute verkauft hat, die begierig sind, nicht nur über den Kampf für Frauenrechte in Irland zu lesen, sondern auch über die Lebensbedingungen von Frauen weltweit. Für sie ist *W&R* ein Fenster in eine viel größere Welt.

Eine bescheidene internationale Ausweitung

Im letzten Jahr hat die IKL, um den politischen Einfluss unserer Frauenzeitschrift weiter auszudehnen, die bescheidene Perspektive entwickelt, in den nichtenglischsprachigen Zeitungen der Sektionen einige Artikel übersetzt unter dem *W&R*-Kopf zu veröffentlichen. Zu den IKL-Publikationen, die diesen Vorschlag bis jetzt aufgegriffen haben, gehören *Spartakist*, Zeitung der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD), *Spartaco*, Zeitung der Lega Trotskista

Fortgesetzt auf Seite 16



Die Internationale Kommunistische Liga bringt Artikel zur Frauenbefreiung als eigene Seiten heraus, unter anderem in *Platforma Spartakusowców* der Spartakusowska Grupa Polski, im *Spartaco* der Lega Trotskista d'Italia und im *Spartakist*

Women and Revolution...

Fortsetzung von Seite 15

d'Italia (LTd'I), und *Platforma Spartakusowców*, Zeitung der Spartakusowska Grupa Polski (SGP). Die SpAD und LTd'I haben Übersetzungen des *W&R*-Artikels „From East Berlin to Tashkent: Capitalist Counterrevolution Tramples on Women“ (Nr. 42, Frühling/Sommer 1993) [Von Ostberlin bis Tashkent: Kapitalistische Konterrevolution trampelt auf den Frauen herum] (*Spartakist* Nr. 104 und 105, Juni und Juli 1993) veröffentlicht, der eine trotzkistische Analyse der Auswirkungen der „Markt“-Konterrevolution auf Frauen in Deutschland, Polen, Rußland und dem ehemals sowjetischen Osten ist.

Aus Warschau berichten Genossen der SGP, daß Verkäufe der neuen *Platforma* mit den Seiten *Kobiety i Rewolucja* unter der Losung „Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch!“ nicht durch geringes Interesse begrenzt werden, sondern durch die beschränkten Möglichkeiten unserer kleinen Gruppe zu intervenieren. Leser wählen oft *Spartakist*, die Zeitung der SpAD, wegen der Seiten *Frauen und Revolution* darin und weil sie häufig deutsch lesen können, während Englisch-Kenntnisse viel seltener sind. Die Zeitung stößt nicht nur bei jungen Frauen auf Interesse, sondern auch bei Arbeiterinnen mittleren Alters und bei jungen Männern. Ein Leser erzählte uns, daß das drakonische Antiabtreibungsgesetz, das von der polnischen Regierung durchgedrückt wurde, die Schulden der neuen kapitalistischen Herrscher bei der Kirche abtragen soll. In Polen wächst die antikapitalistische Stimmung, was sich bei den letzten Wahlen widerspiegelte, wo die hohe Stimmabgabe für die beiden Parteien, die mit dem früheren stalinistischen Regime verbunden waren, allgemein darauf zurückgeführt wurde, daß dies zumindest teilweise eine Protestwahl gegen das Abtreibungsgesetz war. Bei einer antifaschistischen Demonstration, an der sich kürzlich 1500 engagierte und entschlossene Jugendliche beteiligten, wurde unsere Zeitung häufig durch unsere *W&R*-Seiten verkauft, nicht nur an junge Frauen, sondern auch an junge Männer, die Abzeichen mit antiklerikalen Losungen an ihrer Jacke trugen.

In Deutschland lasten die Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution in der ehemaligen DDR schwer auf den Frauen, sie sind in großer Zahl arbeitslos und genießen nicht mehr die Sozialleistungen der Planwirtschaft. Wo früher mehr als 90 Prozent der Frauen beschäftigt waren, ist dieser Anteil jetzt brutal halbiert worden; die Geburtenrate ist stark gefallen, da Frauen das Gefühl haben, daß ihre Kinder keine Zukunft haben. Wir sind mit den Seiten *Frauen und Revolution* auf die Straße gegangen, als der verhaßte Paragraph 218, der das Recht auf Abtreibung rigoros einschränkt, im Osten in Kraft trat, während gleichzeitig

reihenweise Kindergärten geschlossen wurden. Genossen verkauften über 150 Zeitungen bei Protestdemonstrationen in Halle und Leipzig.

Zukunftsperspektiven

Durch die Einführung der *W&R*-Seiten hat die IKL nicht vor, jeden Artikel zur Frauenfrage in dieser Rubrik erscheinen zu lassen, was fälschlicherweise die Frauenfrage programmatisch vom Klassenkampf als ganzem abtrennen würde. Zum Beispiel muß *Workers Vanguard* als die wichtigste Publikation der SL/U.S. diese Frage aufgreifen und tut dies auch häufig – es ist dem Leninismus fremd, diese strategische politische Frage als „Frauenarbeit“ zu isolieren.

Eine der Stärken von *Women and Revolution* in all den 22 Jahren war die Veröffentlichung von Artikeln aus dem „Archiv des Marxismus“, die die Geschichte der marxistischen und bolschewistischen Arbeit zur Frauenfrage aufgegriffen haben, zum Beispiel der zweiteilige Artikel „Foundations of Communist Work Among Women“ (*W&R* Nr. 8 und 9, Frühjahr und Sommer 1975), erschienen als „Ursprünge revolutionärer Arbeit unter Frauen in Deutschland“ in *Kommunistische Korrespondenz* [Vorläufer des *Spartakist*] Nr. 20 (November 1977) und Nr. 22 (Juli 1978), und „Early Bolshevik Work Among Women of the Soviet East“ [Frühe Arbeit der Bolschewiki unter den Frauen des sowjetischen Ostens] (*W&R* Nr. 12, Sommer 1976). Die Zeitschrift versucht auch anthropologische Fragen aufzugreifen, in Übereinstimmung mit dem marxistischen Verständnis, daß die Wurzeln der Frauenunterdrückung und der Institution der Familie in der frühen Trennung der menschlichen Gesellschaft in Klassen liegen, wie Friedrich Engels in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ geschrieben hat. *W&R* hat sich auch mit Fragen wie dem Zusammenhang von Gesellschaft und Kultur beschäftigt, zum Beispiel im Artikel „Planning for Collective Living in the Early Soviet Union: Architecture As a Tool of Social Transformation“ [Planung für kollektives Leben in der frühen Sowjetunion: Architektur als Mittel der sozialen Umwälzung] (*W&R* Nr. 11, Frühjahr 1979).

Als eine Zeitschrift der marxistischen Kultur, die die sozialistische Antwort auf die Frauenfrage betont, die jeden Menschen auf der Welt berührt, ist *Women and Revolution* ein wertvolles Werkzeug zur Wiederbelebung einer internationalen kommunistischen Bewegung nach dem Zusammenbruch des Stalinismus. Sie ist eine der am besten geeigneten Plätze, wo die Internationale Kommunistische Liga die befreienden Ziele des Kommunismus und den notwendigerweise globalen Kampf für eine klassenlose Gesellschaft wieder in den Vordergrund stellen kann.

Übersetzt aus *Women and Revolution* Nr. 43, Winter 1993/Frühjahr 1994

Mexiko...

Fortsetzung von Seite 3

blutige Unterdrückung durch massive Bombardierungen gesteigert, die an die Bilder der Yankee-Invasion in Panama oder den „Konterguerilla“-Krieg in El Salvador erinnern. Die Grupo Espartaquista de México fordert: Stoppt die Bombardierung! Stoppt die Massaker! Armee raus aus Chiapas!

Die ganze Welt sah auf die Revolte in Chiapas, hat diese doch das sorgfältig gepflegte Image als Lüge entlarvt, daß die ganze mexikanische Bevölkerung das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) willkommen heißen hätte. Es wurde durchgepeitscht, und jegliche Diskussion in der Bevölkerung sollte angesichts dieser imperialistischen Plünderung erstickt und verborgen gehalten werden. Der Aktienmarkt fiel nach der Nachricht des Aufstands und erholte sich erst wieder nach Berichten, daß die Armee Gruppen von Aufständischen niedergeschossen hatte, die sich aus den von ihnen besetzten Gebieten zurückzogen. Die Revolte spiegelt die wachsende Verzweiflung von Millionen Mexikanern wider, die auf die Straße geworfen wurden und durch die NAFTA-Vereinbarung vor einer Zukunft von verschärftem Elend und gesteigerter Unterdrückung stehen. Der Vertrag wird zwar eine dünne kapitalistische Elite bereichern, aber das Elend von Millionen von Bauern vertiefen, die vor der Gefahr stehen, ihre kleinen Stücke Land zu verlieren, das Elend von Arbeitern, die aus den Fabriken geworfen werden, das Elend der Millionen Notleidenden, die gezwungen werden mit anzusehen, wie ihre Kinder Hunger leiden und von der Schule fliegen. Um NAFTA zu Fall zu bringen, ist es dringend notwendig, einen internationalistischen Arbeiterkampf zu entfalten, der die Arbeiter Mexikos, der USA und Kanadas vereint.

Trotz all der Erklärungen, daß die Unterdrückung im Stil von 1968 „ein Ding der Vergangenheit“ sei, wird in Chiapas einmal mehr die eiserne Faust des kapitalistischen Staates gezeigt, dessen Funktion es ist, die Ausbeutung und Unterdrückung im Interesse der herrschenden Klasse aufrechtzuerhalten. Diese Unterdrückung, die Straßen und Felder mit den Leichen von EZLN-Mitgliedern übersät hat (einige wurden mit Genickschuß gefunden, mit gefesselten Händen, wie die internationale Presse berichtet), wurde ergänzt durch Drohungen und rassistische Erklärungen über die „Manipulierung der Indianer“ (als ob sie nicht selbst

denken könnten) durch „fremde Hände“, durch die eine Hexenjagd-Atmosphäre angefacht werden soll.

Seit Jahrzehnten ist das Gesetz in Chiapas das Gesetz des Revolvers und der Peitsche, durchgesetzt von den Lati-fundistas, den großen Viehzüchtern und Waldbesitzern, die die Indianer in ein System rassistischer Unterdrückung gezwungen haben, das sich nicht sehr von der Apartheid unterscheidet. Die brutale Unterdrückung ihrer Gemeinden, die Ermordung von Lehrer-Aktivist*innen durch gemietete Revolvermänner, die Zwangsvertreibung von Familien, die von den Caciques (Dorfobersten) beschuldigt werden, Evangelisten zu sein, die Verfolgung von Einwanderern und die jüngste Serie von Morden an Homosexuellen im Stil der Todesschwadronen: Das ist die tagtägliche Realität des Lebens in diesem Bundesstaat.

Der kapitalistische Staat schickt Hubschrauber und Flugzeuge gegen die alten Gewehre und Macheten der Aufständischen, um alle zu terrorisieren, die es wagen, seinen Plänen Widerstand zu leisten, während er sein internationales Image mit hohlen Worten über einen „Dialog“ verschönern will. Jetzt, wo die Chiapas-Indianer mit Blut und Feuer unterdrückt werden, die entschieden haben, ihrer Stimme trotz der Behinderung und Verachtung durch die verschiedenen Behörden Gehör zu verschaffen, warnen die Parteien der bürgerlichen „Opposition“ vor „Exzessen“, aber sie eilen zur Verurteilung der Opfer der militärischen Unterdrückung und maßregeln sie, die Bedeutung von „Demokratie“ nicht zu verstehen oder bei „Gewalt Zuflucht zu nehmen“.

Als marxistische revolutionäre Organisation betont die GEM gegenüber denjenigen, die gegen Kapitalismus und Imperialismus kämpfen wollen, daß es die Macht der Arbeiterklasse ist, nicht ländlicher Guerillakampf, die – wenn sie auf dem Programm der internationalen sozialistischen Revolution organisiert ist – NAFTA besiegen und die enteigneten Bauern und alle Unterdrückten gegen das Elend und die Barbarei des kapitalistischen Systems mobilisieren kann. Angesichts der Unterdrückung in Chiapas ist es eine dringende Pflicht für die Arbeiterklasse, die mutigen indianischen Aufständischen und alle Opfer der bürgerlichen Unterdrückung zu verteidigen. Die GEM als Teil der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) verurteilt dieses Massaker und kämpft für den Aufbau der leninistischen Avantgardepartei, die die Werktätigen dieses Landes so dringend benötigen.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 592, 21. Januar

NEU!

Nr. 43
Winter 1993/
Frühjahr 1994
DM 2,- (48 Seiten)

Englischsprachige
Zeitschrift der
Frauenkommission der
Spartacist League/U.S.

Abonniert:
3 Ausgaben DM 7,-
Luftpost DM 10,-

Bestellt bei:
SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



Abonniert!

Zeitung
der Grupo
Espartaquista
de México

4 Ausgaben DM 5,-
Luftpost DM 10,-
einschließlich
Spartacist
(spanische Ausgabe)

Bestellt bei:
SpAD, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60





Barcelona,
10. Dezember 1993.
SEAT-Gewerkschafter
protestieren gegen
Massenentlassungen,
überrollen die Büro-
kraten und stürmen
das katalanische
Landesparlament

Reuter

Kein Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 1

Gesamtmetall vor einem „Großkonflikt“. Pünktlich am ersten Tag der Streiks organisierten Scharping und Lafontaine ein SPD-Forum zum „Standort Deutschland“, auf dem auch Tyll Necker, Chef des Bundesverbands der Deutschen Industrie, eingeladen war, um den Metallern in den Rücken zu fallen. Sie solidarisierten sich offen mit der Forderung der Bosse nach einer „notwendigen Senkung der Arbeitskosten“ und bewiesen sich mit Blick auf das „Superwahljahr“ als verantwortliche Manager der kapitalistischen Krise, die sie auf den Rücken der Arbeiter abwälzen wollen.

In ganz Westeuropa wollen die Kapitalisten die Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten dazu benutzen, um die Arbeiterklasse zu brechen, den „Sozialstaat“ der Nachkriegszeit mit seinem Tarifsistem zu zerschlagen und den Lebensstandard der Arbeiterklasse erheblich hinabzudrücken. Nach all den Jubelsprüchen über den „Tod des Kommunismus“ steckt Westeuropa jetzt in der größten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg, die *offizielle* Arbeitslosigkeit liegt bei 11,5 Prozent. Allein in der Ex-DDR haben seit dem Anschluß über die Hälfte der Werktätigen ihren Arbeitsplatz verloren.

Die Entscheidungsschlacht bei Metall steht an, während Hunderttausende Arbeiter in ganz Europa gegen Massenentlassungen und drastische Kürzungen der Sozialleistungen auf den Straßen sind. In Spanien machten die Arbeiter mit einem eintägigen Generalstreik in der letzten Januarwoche die gesamte Industrie dicht, um die Kahlschlagpläne der sozialdemokratischen González-Regierung zu stoppen. Darunter waren die Arbeiter des VW-eigenen SEAT-Werks, die gegen die geplante Halbierung der Arbeitsplätze kämpfen. Allerdings schossen in Madrid die Börsenkurse in die Höhe, weil die Bosse darauf setzten, daß sie mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokraten dafür sorgen könnten, daß González seine Austeritätsmaßnahmen durchdrückt. In Polen haben die Werktätigen nach drei Jahren kapitalistischer Konterrevolution harte Klassenkämpfe gegen die „Schocktherapie“ von IWF/Walesa geführt. Dann wurden die neugeborenen Sozialdemokraten an die Macht gewählt, die Reste der ehemaligen Stalinisten, die vorher den Arbeiterstaat ausverkauft haben; sie versprechen jedoch

die gleiche von den Westbanken diktierte Austerität und wollen einen baldigen Eintritt in die NATO. Arbeiterkämpfe gibt es reichlich, entscheidend ist die Frage der revolutionären Führung!

Eingewanderte Arbeiter stellen einen der militantesten Sektoren der Arbeiterbewegung in Westeuropa dar. Eine wesentliche Niederlage für die Faschisten auf den Straßen, ausgeführt von einer integrierten Arbeitermobilisierung, würde eine große Auswirkung auf den Klassenkampf in ganz Europa haben. Die Spartakisten kämpfen dafür, die Macht der Arbeiter/Immigranten zu mobilisieren, um die Nazis zu stoppen. Dabei werden die türkischen und kurdischen Arbeiter, die beim Metaller-Streik in der ersten Reihe stehen, eine zentrale Rolle spielen. Um so wichtiger ist der gemeinsame Kampf der kurdischen, türkischen und deutschen Arbeiter gegen Innenminister Kanthers Verbot der kurdischen PKK, mit dem das Vierte Reich den Völkermord an den Kurden anfeuert und hier die eingewanderten Arbeiter gegeneinander aufhetzt.

Die größte Barriere, um die Macht der Arbeiter zu entfesseln, sind die reformistischen Arbeiterführer, die mit dem Gift des Nationalismus die Arbeiter fesseln. Dies ist besonders grotesk, wenn sie türkische und kurdische Arbeiter mit Plakaten „für deutsche Kohle“ in den Kampf schicken. Während die Arbeiter in ganz Europa kämpfen, hetzen die Reformisten sie gegeneinander auf, predigen Protektionismus und eine weitere Senkung des Lebensstandards, um „konkurrenzfähig“ zu bleiben. Und vorneweg dabei ist die SPD mit ihrer Kampagne für den „Standort Deutschland“.

Die Sozialdemokraten spalten die Arbeiter nicht nur entlang nationaler Linien, sondern in Deutschland auch noch in Ost und West. Zuerst war die SPD der Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung und der Stasi-Hexenjagd. Dann hat sie mittels der Betriebsräte dafür gesorgt, daß Millionen in der Ex-DDR entlassen wurden, zuerst die Frauen und die Immigranten. Die Bürokraten unterminieren damit ganz direkt die Gewerkschaften und sind für die Massenausritte der letzten Jahre verantwortlich. Sie liefern die Arbeiter an die Betriebsräte mit ihrer „Friedens- und Schweigepflicht“ aus und spielen den Kapitalisten und der Kohl-Regierung in die Hände.

Gegen die Kali-Kumpel in Bischofferode veranstalteten die SPD-Bonzen der IG Bergbau im Auftrag des IG-Far-

ben-Nachfolgers BASF eine Streikbrecher-Demonstration in Kassel. Und auf der anderen Seite der früheren Mauer treibt die PDS einen Keil zwischen die Arbeiter in Ost und West. Nachdem Gysi/Modrow 1990 für einen möglichst reibungslosen Anschluß der DDR gesorgt haben, lenkt die PDS jetzt die berechtigte Wut der Arbeiter über die Zerstörung ihrer Errungenschaften in ostdeutschen Nationalismus ab. Mit der Gründung zuerst von Diestel-Ostkomitees und jetzt einer „Ostkammer“ im Bundestag genau wie mit der Propagierung einer „effektiveren“ ostdeutschen Marktwirtschaft (wie in Bischofferode) will sie den gemeinsamen Klassenkampf verhindern.

Mittlerweile sind in Ost und West über sechs Millionen Menschen arbeitslos – die höchste Arbeitslosenrate seit der Weimarer Republik. Nach der Großen Lüge über „Kurzarbeit Null“ und „Beschäftigungs“gesellschaften zur Abwicklung der DDR-Industrie kommt die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie nun mit dem Schwindel von der „Beschäftigungsgarantie“ an. Nachdem sie dafür gesorgt hat, daß die Arbeiter im Osten für halben Lohn noch mehr Stunden schinden müssen, hat nun der Lohnraub-Abschluß bei VW in Wolfsburg, wo die Lohnkosten für eine „4-Tage-Woche“ bis zu 20 Prozent gesenkt wurden, die Schleusen für die völlige Zerstörung der industrieweiten Tarifverträge auch im Westen geöffnet. Zerrißt den VW-Abschluß! Kämpft gemeinsam mit den spanischen SEAT-Arbeitern!

Syphilitische Kette der SPD

Der Lohnraub-Deal bei VW hat einen ganzen Sturm von Konzepten zur Arbeitszeitverkürzung losgetreten, und gemeinsam mit den Sprechern des Großkapitals zerbrechen sich die Reformisten von SPD bis PDS den Kopf darüber, wie die kapitalistische Wirtschaftskrise zu lösen wäre. Man könnte dies als syphilitische Kette bezeichnen, die bis runter zu den „linken“ Helfershelfern der Reformisten führt. Der PDS ist es dabei schon „egal, ob mit oder ohne Lohnverzicht“ (PDS-Pressedienst, 4. Februar). Hauptsache, das „Recht auf Arbeit“ wird in die Verfassung geschrieben

(dazu gehört schon einige Chuzpe, wenn man an ihren Ausverkauf der DDR denkt, wo das Recht auf Arbeit *verwirklicht* war). Schon nach dem Ersten Weltkrieg schrieben die deutschen Sozialdemokraten Arbeit für alle in die Verfassung der Weimarer Republik, doch kaum mehr als ein Jahrzehnt später brach die Republik unter dem Ansturm der Nazis zusammen, als ein Viertel der Arbeiterschaft arbeitslos war.

Als unterstes Kettenglied schließt sich die reformistische „Linke“ an, für die Voran ein Beispiel ist. Voran beteiligt sich am Hütchenspiel über die Arbeitszeitverkürzung mit manchmal kämpferischer Demagogie, die aber tatsächlich nur ihre Unterstützung für eine SPD-Regierung abdecken soll. Ihre Titelseite fördert „Arbeit für alle“ und stellt fest: „Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze!“ Aber wie ist das zu erreichen? Weit davon entfernt, den Kapitalismus auch nur in Frage zu stellen, wollen sie mit ein bißchen „Dampf und Klassenkampf“ die SPD an die Regierung hieven, die sie als besseren Verwalter der kapitalistischen Krise anpreisen.

Dazu dient auch ihre Dauerforderung nach einem 24-stündigen Generalstreik, die laut Voran „die Damen und Herren aus den Vorständen von DGB und Einzelgewerkschaften aus ihren süßen Träumen vom ewigen Frieden mit den Bossen“ reißen soll. Und wer soll diesen „Traum-Generalstreik“ anleiten? Dieselben Nadelstreifen-Gewerkschafter Zwickel und Riester, die uns die VW-Lösung serviert haben? Voran unterscheidet sich nur geringfügig von der Mao-reformistischen MLPD, die überhaupt nur „massive Warnstreiks zur Mobilisierung und Vorbereitung auf Urabstimmung und Streik bei Metall“ fordert. Im Grunde haben sie wie immer nur die Politik der unteren Schichten der Metall-Bürokratie, die einen wirklichen harten Arbeiterkampf um jeden Preis vermeiden will.

Das ganze „Anti-Krisen-Programm“ von Voran ist auf eine neue SPD-Regierung ausgerichtet, die dann Maßnahmen wie die „Überführung der großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum“ garantieren soll.

Fortgesetzt auf Seite 20

Im Fall des rassistischen Mordes an Mete Ekşi Berlin: Dem Opfer den Prozeß gemacht

Im November 1991 wurde der türkische Schüler Mete Ekşi auf dem Berliner Kudamm von drei Nazi-Skins erschlagen. Vorher hatten der Mörder und seine zwei Brüder Mete rassistisch beschimpft. Ein 10 000 Teilnehmer starker Trauermarsch für den 19jährigen, an dem viele Immigranten und ihre Familien teilnahmen, wurde von der Polizei zerschlagen. Viele wurden schwer verletzt, darunter ein Kind. Keine Überraschung; der Mörder und zwei seiner Brüder sind Söhne eines Berliner Kommissars. Obwohl der Haupttäter schon wegen Vergewaltigung und Körperverletzung verurteilt worden war, wurde er bereits 1992 wieder freigelassen.

Von Anfang an versuchte die Polizei, Opfer und Täter gleichzusetzen. Dabei wurde der Nazi-Mörderbande ein Freibrief gegeben. Drei Freunde Metes, die ihn zu verteidigen versucht hatten, wurden zusammen mit den Mördern wegen „Beteiligung an einer Schlägerei mit Todesfolge“ angeklagt. Letzten November wurden Metes Freunde sogar vor Gericht gezerrt. Aber erst nach mehr als zwei Jahren, nachdem Mete Ekşi erschlagen worden war, wurden seine drei rassistischen Attentäter schließlich vor Gericht gestellt.

Der Mörder wurde nur wegen Körperverletzung mit Todesfolge in einem minder schweren Fall verurteilt, weil er am Tatort besoffen war. Seine Mittäter mußten sogar nur Geldbußen bezahlen, wie obszöner Weise auch Metes Freunde. Die Richterin benutzte diese Gelegenheit, der türkischen Gemeinschaft und den Antirassisten den Prozeß zu machen, auch der schmerz erfüllten Familie Ekşi, wegen ihrer „Überreaktion“ auf Angriffe gegen Immigranten, die „unbesehen als Ausländerfeindlichkeit“ ausgelegt werden (*taz Berlin*, 22. Januar). Den Freunden und der Familie von Mete Ekşi wurde auf den Seiten des *Neuen Deutschland* (17. Januar) noch einmal vom PDS-Hütchenspieler-Hexenjäger Peter Kirsche der Prozeß gemacht, der leugnete, daß der mörderische Angriff irgend etwas mit Rassismus zu tun hätte: „Das einfache Strickmuster vom bösen Deutschen und dem guten Türken funktioniert hier nicht.“

Wie Mete Ekşis Mutter nach dieser obszönen Farce meinte: „Es gibt keine Gerechtigkeit“. Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Nazi-Mörderbanden zu zerschlagen! Arbeiterrevolution wird Mete rächen.

Kein Burgfrieden...

Fortsetzung von Seite 19

Trotzki kritisierte im März 1935 in seiner Erklärung „Vom Plan der CGT zur Eroberung der Macht“ die französischen Sozialdemokraten dafür, daß sie nur von Nationalisierung der Banken und Schlüsselindustrien sprachen.

Trotzki fragte zugespißt, wer die Banken nationalisieren und eine kürzere Arbeitswoche einführen soll: „In einem Wort, wer wird das Programm der CGT anwenden?“ Er bestand darauf: „Es muß in klaren Worten gesagt werden: Nur eine revolutionäre Regierung der Arbeiter und Bauern, die zum unversöhnlichen Kampf gegen alle Ausbeuter bereit ist, kann den Plan anwenden, ihn vervollständigen, ihn entwickeln und über ihn hinausgehen auf dem sozialistischen Weg.“ Aber die Sozialdemokraten von Voran, die erst vor vier Jahren die SPD anfeuerten, die Konterrevolution in der DDR zu Ende zu bringen, sind über die Jahrzehnte so tief mit der SPD verwachsen, daß sie das Wort „Revolution“ nicht mal über die Lippen bringen.

Im Gegensatz zu diesem reformistischen Betrug kämpfen Marxisten für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Immigranten, Ost und West, Frauen und Männer, Jugendliche und Lehrlinge. Wir fordern eine gleitende Skala der Arbeitszeit, um die Arbeit unter allen Arbeitern (einschließlich der Arbeitslosen) aufzuteilen, ohne Lohnverlust. Um die Auswirkungen der Inflation abzuwenden, fordern wir eine gleitende Skala der Löhne. Dieser Kampf muß zur Verteidigung der Immigranten und Frauen ausgeweitet werden. Aber dies können keine isolierten Reformmaßnahmen sein. Im Gegenteil: Obwohl es hier einfach um die Verteidigung des elementaren Rechts auf einen Arbeitsplatz geht, kann es Arbeit für alle im Kapitalismus nicht geben. Solange die Produktion nach dem Profitinteresse erfolgt, braucht jeder Kapitalist die Arbeitslosen, um die Arbeitskosten nach unten zu drücken und erfolgreich konkurrieren zu können. Wenn also die Arbeitslosenrate in Deutschland steigt, so tun dies jetzt auch die Börsenkurse in Erwartung der niedrigeren Lohnkosten und höheren Profitrate.

Übergangsprogramm für proletarische Revolution

Um Arbeit für alle zu schaffen, ist eine geplante Wirtschaft notwendig, basierend auf Arbeiterdemokratie. Für ein solches Wirtschaftssystem muß die Arbeiterklasse den revolutionären Sturz des Kapitalismus organisieren und die Bourgeoisie durch eine Arbeiterräterregierung enteignen, das heißt durch die Diktatur des Proletariats. Diesen grundsätzlichen Punkt betonte Trotzki immer wieder im Übergangsprogramm: „Das alte ‚Minimalprogramm‘ wird ständig überholt vom Übergangsprogramm, dessen Aufgabe darin besteht, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren.“ Es ist das genaue Gegenteil einer Ansammlung reformistischer und halbreformistischer Forderungen. Es ist eine Strategie für die Vorbereitung und Mobilisierung des Proletariats für die Machtergreifung durch den revolutionären Klassenkampf gegen alle Aspekte der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung.

Trotzki verknüpfte die ökonomischen Kämpfe der Arbeiter

mit dem Kampf gegen den Faschismus und betonte: „Streikposten sind der grundlegende Kern der proletarischen Armee. Dies ist unser Ansatzpunkt.“ Die Nazi-Mörderbanden nähren sich aus der ökonomischen Krise und Verzweiflung. Rückenwind erhalten sie dabei von den Bonner Politiker-Etagen von CDU bis SPD, die das Asylrecht vernichtet und eine Hysterie gegen Immigranten aufgepeitscht haben, während die PDS nach mehr Polizei ruft, die die Nazis schützt und beschäftigt. Der Kampf gegen die Offensive der Kapitalisten muß verbunden werden mit der Mobilisierung der Arbeiterbewegung, um die Immigranten zu verteidigen. Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier sind! Für dieses Programm haben die Spartakisten auch unter den Zehntausenden Jugendlichen interveniert, die als Reaktion auf den Anstieg des faschistischen Terrors auf die Straße gegangen sind.

Der Kampf gegen rassistischen Terror und für die kämpfende Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland ist eng mit dem Kampf gegen nationalistischen Protektionismus und für die internationale Solidarität der Arbeiter verbunden. Die rassistische „Festung Europa“ ist Teil der Aufteilung der Welt in imperialistische Blöcke: Handelskriege bereiten den nächsten imperialistischen Krieg vor, wie er mit dem erneuten Krieg am Balkan vorgezeichnet wird. Nur, daß diesmal die Beteiligten Atomwaffen haben. Gegen die „Festung Europa“ kämpfen wir Trotzki für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Der jetzige Zusammenstoß bei Metall stellt einen Wendepunkt dar. Die ganze Offensive der Bosse gegen die Arbeiter in Europa ist zurückzuführen auf den Untergang der Sowjetunion, was eine große Niederlage der Arbeiterklasse und der Unterdrückten auf der ganzen Welt war. Die stalinistische Bürokratie hat als Rechtfertigung ihres nationalistischen Dogmas des „Sozialismus in einem Land“ die Möglichkeit von Arbeiterrevolutionen in den entwickelten kapitalistischen Ländern im Westen geleugnet – und ihr Bestes getan, um solche Revolutionen zu verhindern. Letztlich hat die Isolation des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats zu seinem Zusammenbruch geführt, unter dem ökonomischen und militärischen Druck des Imperialismus. Trotzki hat wiederholt genau vor dieser Möglichkeit gewarnt, wenn die Bürokratie nicht durch proletarisch-politische Revolution hinweggefegt würde, um das ursprüngliche internationalistische Programm des Oktober wiederherzustellen.

Die politische Wiederbewaffnung der Arbeiterbewegung erfordert, daß eine authentische kommunistische Avantgarde geschmiedet wird, daß die bewußtesten Arbeiter international zu dem Verständnis gebracht werden, warum die Arbeiterstaaten des sowjetischen Blocks zusammengebrochen sind. Die Aufgabe von Revolutionären ist es, die objektiven Aufgaben und Bedürfnisse der Arbeiterklasse darzustellen, nicht die Beschränkungen des gegenwärtigen oder spontanen Bewußtseins der Arbeiterklasse widerzuspiegeln. Nur auf dieser Basis wird das unverzichtbare Instrument der revolutionären Partei geschmiedet. Dies heißt nicht, daß eine kleine revolutionäre Gruppe über ihren Schatten springen und nicht existierende Wurzeln in der Arbeiterklasse ersetzen kann. Die gegenwärtige Welle von Klassenkämpfen in Westeuropa zeigt das Potential für neue Entwicklungen wie den Generalstreik im Mai 1968 in Frankreich, vor dessen Gespenst die französische Bourgeoisie beim Air-France-Streik im letzten Jahr erschrocken zurückwich. Der Schlüssel ist, eine revolutionäre Partei zu schaffen, die die Arbeiter zum Sieg führen kann. Die zentrale Aufgabe, vor der Revolutionäre stehen, ist die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der sozialistischen Revolution durch Propaganda und Intervention in den Klassenkampf.■

SPARTAKIST-TREFFPUNKT BERLIN

Donnerstag von 18.00 bis 20.00 Uhr
Linkstreif, Weddingstraße 6
13357 Berlin (U-Bahn Nauener Platz)

JRE...

Fortsetzung von Seite 7

Hundert Jugendliche um sich gesammelt hat, zieht sie zunehmend andere Gruppen aus dem SPD-Umfeld an. Darunter zum Beispiel die Gruppe Arbeitermacht, die nach dem Ausverkauf der DDR schon mit Entrismus in der PDS ihr Glück versucht hatte. Heute tummelt sie sich in der JRE und ruft zur Wahl der SPD/PDS auf.

Bei der JRE-Konferenz im Januar setzten sich Unterstützer der Gruppe Spartakus (GS) mit Änderungsanträgen in Szene, die am Wahlauftritt für die SPD nörgeten. Aber glaubt irgend jemand, daß sie jetzt, wo die Entscheidung für die SPD-Wahl durchgesetzt wurde, die JRE verlassen? Von wegen.

Die GS ist eine zusammengewürfelte Ansammlung von demoralisierten Ex-Mitgliedern unserer Tendenz, von denen die meisten Anfang der 80er Jahre aus unserer Organisation ausgetreten sind, als die Frage der Verteidigung der Sowjetunion gegen den verschärften imperialistischen Kreuzzug im Kalten Krieg gestellt war. Als wir Spartakisten Ende 1981 knallhart forderten: „Stoppt die Konterrevolution von Solidarność“, machten sie prompt die Fliege. Heute kämpfen Zehntausende von Arbeitern in Polen gegen Solidarność. Mit dieser Position sind die GSler natürlich bei der sozialdemokratischen Voran gut aufgehoben.

Bereits beim Anschluß der DDR zeigte sich krass der gemeinsame Nenner von Voran und GS: Anbiederung an die SPD. Während Voran den großdeutschen Nationalismus anbetete und in ihrer Zeitung mit dicken Überschriften für „SPD in die Offensive!“ (Februar 1990) trommelte, griff die deutsche Bourgeoisie mit Hilfe der SPD gierig nach der DDR. Auf dem Höhepunkt dieser Kampagne rief die GS: Die Hauptgefahr ist Modrow! Merkwürdig, daß die SPD fast der gleichen Auffassung war. Wir Spartakisten benannten dagegen die SPD klar als „Trojanisches Pferd der Konterrevolution“.

Als Ende 1989 Hunderttausende in der DDR „Für kommunistische Ideale“ und „Keine Privilegien“ auf die Straße gingen, leugnete GS auch nur die Möglichkeit einer proletarisch-politischen Revolution gegen den Stalinismus. Im Januar 1990 initiierten wir Spartakisten eine Einheitsfront gegen die Nazi-Schändung des Treptower Ehrenmals für die gefallenen Sowjetsoldaten. Als sich auch die SED-PDS dem Aufruf anschloß, kamen über 250 000 Werktätige zur Verteidigung der Roten Armee gegen Nazi-Terror und zur Verteidigung der DDR gegen die imperialistische Offensive. Dies war gleichzeitig der Auftakt einer beispiellosen Hetze und Zersetzungskampagne von Bourgeoisie und SPD gegen die DDR. Die SPD war entsetzt über die gewaltige Kampf-demonstration in Treptow und die wichtige Rolle der Trotz-kisten. Und nicht nur sie, genauso war Treptow laut GS „ein Debakel“. Warum? Wir hatten unseren Aufruf nicht an die Ost-Filiale der SPD gerichtet. Aus gutem Grund: Zur gleichen Zeit marschierte die SDP von Leipzig bis Berlin auf den Montagsdemos mit den Deutschnationalen im Gleichschritt. Wir Trotz-kisten haben dagegen für die bedingungslose Verteidigung des deformierten Arbeiterstaates DDR gegen die kapitalistische Wiedervereinigung gekämpft.

Jetzt müssen die Werktätigen und Jugendlichen gegen die katastrophalen Konsequenzen des Anschlusses kämpfen. Der deutsche Nationalismus legte zusammen mit der ökonomischen und sozialen Zerstörung der DDR die Basis für den ungeheuerlichen Aufstieg des Nazi-Terrors im Vierten Reich. Aber die GSler reagieren auf die Bezeichnung Viertes Reich mit dem Aufschrei „hysterische Propaganda“. Wie der Rest der nationalistischen „Linken“, die alle die Wiedervereinigung unterstützt haben, beschönigen sie die Realität und wollen dem selbsternannten Nachfolgestaat

des Dritten Reichs einen Persilschein ausstellen.

Und wie verhält es sich heute mit dem „revolutionären Antifaschismus“ der GS? Sie bejubelten wie Voran die JRE-Demo am 26. August in Marzahn (siehe dazu *Spartakist* Nr. 107, Oktober 1993), die laut GS ein „Zeichen“ gesetzt hat. Sie sagen aber nicht, was für ein Zeichen das war. Sicherlich kein Signal dafür, die Nazis zu zerschlagen, denn damit hatte die Demo nichts zu tun. Als kurz darauf, Mitte November, die Faschisten einen Aufmarsch in Marzahn ankündigten, rief die PDS, ganz entgegen ihrer üblichen Praxis, zu einer Kundgebung am gleichen Ort und eine Stunde vor dem geplanten Nazi-Marsch auf. Hier war eine Aktionseinheit dringend notwendig, und wir Spartakisten griffen dies sofort auf. Ohne auch nur die geringsten Illusionen in die reformistische PDS zu haben, die in Pankow sogar mit CDU und Reps eine gemeinsame Erklärung zu Solingen herausgegeben hat, versuchte die Spartakist-Arbeiterpartei, Kontingente der Arbeiterbewegung zu mobilisieren, und beteiligte sich mit einem Block und einem Redner an der Kundgebung gegen die Nazi-Provokation. Das ist, was Trotz-kisten unter einer Einheitsfront verstehen: Einheit der Aktion bei voller Freiheit der Propaganda.

Für die Gruppe Spartakus war dies ein zu heißes Pflaster, sie tauchten dort erst gar nicht auf; Voran/JRE war nicht als organisierter Block sichtbar. Der Grund ist offensichtlich: Denn hier ging es nicht darum, mit einem Propagandablock Druck auf SPD und bürgerlichen Staat auszuüben, sondern die Nazis zu stoppen. Aus dem gleichen Grund lehnte die GS im vorigen Januar die Verteidigung eines Immigrantenzwohnheims ab, nachdem sie herausfanden, daß nicht ein „Runder Tisch“ geplant war, sondern eine konkrete antifaschistische Aktion. Genauso am 21. Dezember, als sowohl GS als auch Voran es ablehnten, sich an der Hamburger Einheitsfront-Demonstration gegen das Verbot der kurdischen PKK zu beteiligen.

Jugendliche der JRE, die nach einer Alternative zum sozialdemokratischen Voran-Programm suchen, kommen mit der GS vom Regen in die Jauche. All diese Gruppen wollen antirassistische Jugendliche in die Arme der Sozialdemokratie treiben – ob offen oder mit kritischen Untertönen. Voran/JRE versucht jetzt, den Jugendlichen einzutrichtern, ihre Stimme der SPD zu geben: an Lafontaine, der die Roma in Lager pfercht; an Rau, der die Kurden abschiebt; an Scharping, der der rassistischen Politik der SPD vorsteht und Bundeswehreinätze sowie Protektionismus predigt. So werden die Nazis nicht zerschlagen!

Wie Trotzki 1938 schrieb: „Die Volksfront auf der einen Seite – Faschismus auf der anderen, dies sind die letzten politischen Mittel des Imperialismus im Kampf gegen die proletarische Revolution.“ Dies hat sich von Francos Spanien bis Pinochets Chile in blutigen Niederlagen der Werktätigen bestätigt. Wir Spartakisten bieten eine revolutionäre Alternative, die Schmiedung einer trotzkistischen Partei, basierend auf dem Programm für Arbeiterrevolution. ■

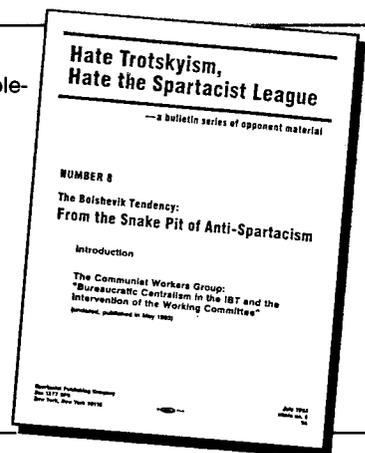
Die Internationale Kommunistische Liga macht die Polemiken ihrer Opponenten in der Linken zugänglich

Die Bolschewistische Tendenz: Aus der Schlangengrube des Antispartakismus

(in englischer Sprache)

DM 10,- (inkl. Porto)
137 Seiten

Bestellungen über die Redaktionsadresse



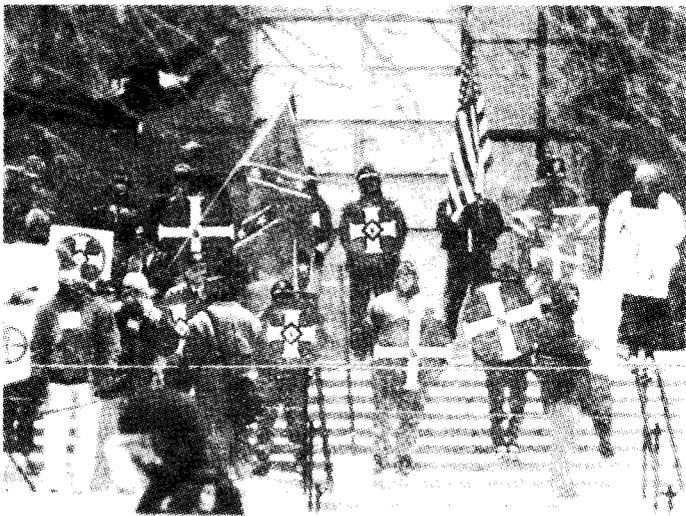
Demos gegen Klan...

Fortsetzung von Seite 24

Bevölkerung, von den Fabriken über die Ghettos bis zu den Hochschulen. Mehr als 100 000 Flugblätter wurden verteilt, um diese antirassistische Aktion aufzubauen. Am 16. Januar in Springfield überwog eine Mobilisierung, die sich auf die Arbeiterbewegung stützte, zur Verteidigung schwarzer Menschen und aller potentiellen Opfer des KKK-Terrors. Vom PDC initiiert und organisiert, wurde sie von entschlossenen Kämpfern der Arbeiterklasse aufgenommen, die zeigten, daß die Arbeiterbewegung eine mächtige Kraft ist, wenn sie zum bewußten Kampf für ihre eigenen Klasseninteressen organisiert wird.

Diese Demonstration bestand aus einem Spektrum der verschiedensten sozialen und politischen Gruppen, die im Kampf gegen den Ku Klux Klan vereint waren – Schwarze und Gewerkschafter aus Springfield und von so weit her wie Chicago und St. Louis, Kontingente von Studenten der Chicago State University und der University of Illinois in Champaign-Urbana, Juden, Katholiken, Schwule und Linke. Der Bürgermeister von Cook County (Chicago), Danny Davis, nahm im Kampf gegen den Klan und die Kräfte der staatlichen Unterdrückung eine sehr vorgeschobene Position ein. Der Präsident des NAACP [Nationale Vereinigung für den Fortschritt farbiger Menschen] in Springfield, Rudy Davenport, sprach ebenfalls auf der Kundgebung und brachte an dem eisigen Sonntagmorgen Teilnehmer mit.

Zu den Unterstützern gehörten die Präsidenten von überwiegend schwarzen Gewerkschaftsgruppen, die Zehntausende von Arbeitern aus Chicago und Umgebung vertreten, und auch die Bezirksorganisationen der United Auto Workers (UAW), der United Electrical Workers (UE) und der United Rubber Workers (URW) [Gewerkschaften der Automobil-, Elektro- und Gummiarbeiter]. In Springfield unterstützten Vertreter der Ortsgruppe 73 der



Workers Vanguard

KKK-Schläger, beschützt durch Bullen. Der Staat zwang schwarze Gefangene zum Aufbau der Absperrgitter

Service Employees International Union (SEIU) die Kundgebung und halfen sie aufzubauen. Die Mobilisierungsarbeit von Nahverkehrsarbeitern in Chicago, aus den Ortsgruppen 241 und 308 der Amalgamated Transit Union (ATU), war entscheidend. Sie brachten ein Kontingent rassistisch integrierter Eisenbahn- und Bus-Arbeiter zur Kundgebung, Männer und Frauen, die den Kern der gewerkschaftlichen Ordner bildeten und sicherstellten, daß die Anti-Klan-Demonstration von vorne bis hinten kämpferisch, diszipliniert und demokratisch ablief.

Die Organisierungskampagne gegen die Klan-Provokation löste in der ganzen Arbeiterbewegung eine scharfe Polarisierung aus. Aus Angst, daß wichtige Teile der organisierten Arbeiterbewegung sich tatsächlich an ein bißchen Klassenkampf gegen das rassistische Gift des KKK beteiligen könnten, kam die konservative, hauptsächlich weiße AFL-CIO-Bürokratie in die Hufe – mit dem Versuch, die Kampagne gegen den Klan zu sabotieren. Ihre Befehle kamen von den Staatsbeamten von Illinois, die die PDC-Kundgebung als „gewalttätig“ und „rot“ verteufelten: Am 12. Januar schrieb der Präsident des AFL-CIO in Illinois, Donald Johnson, an Gewerkschaftsgruppen im ganzen Bundesstaat einen Brief mit der Anweisung, „im Interesse guter Public relations“ ... „bitte am Sonntag, dem 16. Januar, dem Kapitol fernzubleiben“. Schon vorher hatten Anhänger der Kommunistischen Partei damit angefangen, bei Gewerkschaftsfunktionären anzurufen: Sie sollten überzeugt werden, ihre Unterstützung zurückzuziehen.

Breite Teile der Mitgliedschaft der Gewerkschaften und auch mehrere örtliche Funktionäre waren sehr verbittert über die Versuche der AFL-CIO-Bürokraten, die Mobilisierung gegen den Klan zu stoppen. Einige Gewerkschafter aus Springfield widerstanden großem Druck, trotzten den Arbeiterverrättern und beteiligten sich an der Kundgebung. Obwohl die staatlichen Unterdrückungsversuche manche abschreckten, verstärkten sie die Entschlossenheit vieler, am 16. Januar in Springfield *dabeizusein*. „Diejenigen von uns, die hier sind – wir sind der harte Kern der Gewerkschaft. Wir sind der harte Kern dieser Bewegung“, so John Hill, stellvertretender Sekretär und Kassenwart der ATU-Ortsgruppe 308: Die Ortsgruppe unterstützte die Demonstration und mietete einen Bus, damit ATU-Mitglieder teilnehmen konnten.

Einige linke Gruppen – die Internationale Sozialistische Organisation (ISO, US-Partner der SAG), die Revolutionary Workers League (RWL) und ihre Allzweck-Frontgruppe NWROC, die Progressive Labor Party (PL) – kamen mit Grüppchen von Anhängern, doch sie lehnten die gemeinsame Koordinierung ab, mit uns erst recht. Das PDC hatte verschiedene antifaschistische Kräfte eingeladen – frühzeitig, schriftlich und noch einmal vor Ort –, vereinten Widerstand gegen den Klan zu bilden, in der die diversen politischen Ansichten und Strategien aller teilnehmenden Gruppen zum Ausdruck kommen würde.

Aber dies lehnten sie ab. Diese „linken“ Schwindler haben keine politische Strategie, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, denn sie halten dies für unmöglich. An die Stelle eines revolutionären Programms setzen sie die Niederlagentaktik der individuellen Konfrontationen – und das Vertrauen von Liberalen in die Polizei. Erst am Tag davor hatten sich die gleichen Gruppen in Columbus, Ohio, von der Polizei eingekesselt und einzeln durch Metalldetektoren kontrollieren lassen. Das gleiche hatten sie im letzten Herbst in Columbus und Indianapolis getan. In Springfield überschneidete sich das Sektiererertum der Pseudolinken mit der Taktik der Bullen, die Demonstration auseinanderzudividieren, und erleichterte Provokationen durch faschistische Skinheads.

Auf der Osttreppe des Kapitol zeigten die etwa 50 Klansmänner den „Hitlergruß“ und spielten Wagners „Ritt der Walküren“, vom Lieblingskomponisten des Führers. Nach kaum 45 Minuten ihrer kläglichen Vorführung krochen die übertönten KKKler wieder mit ihrer Bullen eskorte in ihre Löcher zurück. Die triumphierende Mobilisierung von Arbeitern/Schwarzen zog die harten Kräfte neu zusammen, die trotz der bitteren Kälte geblieben waren. Sie hielten die Stellung, bis der Klan aus der Stadt verschwunden war, bildeten einen Demonstrationenzug und zogen geschlossen ab mit den Rufen „Kein Fußbreit dem KKK! Wir

stoppten heute euren Marsch!“ und „Springfield – zu heiß für den KKK!“ Bevor die Busse die Stadt verließen, drängten sich mehr als 200 antifaschistische Kämpfer in einen Restaurantsaal, wo sie den Rednern zujubelten und sich an breiten politischen Diskussionen beteiligten.

Früher am Morgen gab es eine besonders ominöse staatliche Provokation gegen die Arbeiter/Schwarzen-Mobilisierung. Agenten vom Büro für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen (BATF) wurden gesichtet, die um unseren Kundgebungsplatz herumschlichen. Geleitet in Kampfanzügen und Skimasken, behaupteten sie, wegen einer „Bombensuche“ vor Ort zu sein – allerdings ohne Sprengstoff-Spürhunde. Als unsere Gewerkschaftsordner diesen BATF-Agenten auf den Fersen blieben, damit sie nichts ablegten, brachen sie plötzlich ihre „Suche“ ab und verschwanden! Das BATF steckte massiv hinter dem blutigen Massaker des KKK an fünf Linken und Gewerkschaftsorganisatoren 1979 in Greensboro, North Carolina. Und wir werden das Massaker an 86 Männern, Frauen und Kindern im Gebäudekomplex der Davidianer bei Waco, Texas, durch Janet Renos „Justiz“ministerium und das BATF nicht vergessen.

Die konzertierten Versuche des Staats, Proteste gegen den Klan zu verhindern, sind ein integraler Bestandteil vom Amerika des Yuppie und Rassisten Clinton. Heute bieten die Demokraten den Schwarzen nur noch mehr Gefängnisse und Rekrutenlager für die Jugend an. In einer Rede letzten November vor einer schwarzen Gemeinde, in der Clinton das Thema „Schwarze Menschen ... ermorden ungehemmt andere schwarze Menschen“ beharkte, beschwor er groteskerweise das Gedenken an Martin Luther King Jr. Das bedeutet, die Opfer verantwortlich zu machen für das, was ihnen angetan wurde! Der Aufschrei über „Verbrechen von Schwarzen an Schwarzen“ wurde von schwarzen Liberalen wie Coretta Scott King und Jesse Jackson aufgenommen, wie auch durch den Führer der Nation of Islam, Louis Farrakhan. Und auch das Thema der offiziellen Feiern zum M.-L.-King-Tag dieses Jahr war „Stoppt die Gewalt“ in den Innenstädten.

Dieser Kampf steht in einem internationalen Zusammenhang. Der wachsenden Unverfrorenheit des KKK entspricht der Anstieg des faschistischen Terrors in Europa. Der Strom von Unterstützung durch Gewerkschafter von so weit her wie Italien und Japan zeigt, daß die faschistische Bedrohung als real erkannt wird. In einer Solidaritätserklärung an die Kundgebung in Springfield erklärte der Vorsitzende des Bundes der Antifaschisten in Leipzig, Prof. Springer: „Der rechtsextreme Terror wächst an! Hier in Deutschland richtet er sich hauptsächlich gegen Ausländer, vor allem – aber keineswegs ausschließlich – gegen Asylbewerber aus Ländern der dritten Welt, auch gegen Linke, Schwule und Juden. Und – wie in Ihrem Land – ist die Polizei gewöhnlich auf dem rechten Auge blind.“

Der Kampf, die Arbeiter im Kampf um konkrete Fragen zu mobilisieren, z. B. den Klan zu stoppen durch die Mobilisierung der Arbeitermassenorganisationen, denen die Arbeiter angehören, ist der Kampf um revolutionäre Füh-



Workers Vanguard

Führt den Bürgerkrieg zu Ende! Befreiung der Schwarzen durch Arbeiterrevolution!

rung. In der Mobilisierung in Springfield, die wie andere in Detroit, San Francisco, Washington, Chicago, Philadelphia und Atlanta vom PDC und der Spartacist League initiiert und aufgebaut wurde, konnte man für einen Augenblick die künftige Arbeiterpartei erkennen, die die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten im Kampf für eine revolutionäre Arbeiterregierung mobilisieren und führen wird. Diese Arbeiterregierung wird die Faschisten ein für allemal besiegen, indem sie das kapitalistische System zerstört, das sie ausbrütet.

Nach Workers Vanguard Nr. 592, 21. Januar



Abonniere jetzt!
Workers Vanguard

zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben einschließlich *Spartacist* (englische Ausgabe): Luftpost DM 50,—, Seepost DM 15,—

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 13366 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601,
BLZ 500 100 60

USA: KKK-Provokation in acht Bundesstaaten

Antirassistische Demos konfrontieren den Klan



Springfield, Illinois

Workers Vanguard

CHICAGO — Der Ku Klux Klan inszenierte am Wochenende des Martin-Luther-King-Feiertags in den Hauptstädten von acht Bundesstaaten rassistische Provokationen. Dies geschah mit Hilfe und Unterstützung eines massiven Aufgebots bewaffneter Polizeikräfte und unter deren Schutz. Aber trotz der Bullenmobilisierungen und der großen Anstrengungen von Liberalen, „den Klan zu ignorieren“: Wo auch immer die feigen Mitternachtsterroristen im Tageslicht auftauchten, wurden sie von wütenden Antifaschisten konfrontiert. Zum Brennpunkt des Kampfes gegen die Klan-Provokationen wurde Springfield in Illinois, wo in einzigartiger Weise ein Kampf geführt wurde, die soziale Macht der organisierten Arbeiterbewegung und die schwarze Gemeinschaft zu mobilisieren. Dies löste eine wütende Reaktion der Regierung und derjenigen aus, die jede effektive Antwort auf die faschistischen Terroristen sabotieren wollten, von Bundesbehörden und den Spitzen der Bundesstaatsverwaltung bis zur Bürokratie des AFL-CIO [US-Gewerkschaftsbund, auch gut bekannt als „AFL-CIA“] und der zionistischen „Anti“-Defamation League.

Am Sonntag, dem 16. Januar, hielten gut 500 Leute gegen arktische Temperaturen und einen dichten Schneesturm aus, um eine Provokation gegen den Martin-Luther-King-Tag zu verhindern. Diese wichtige Veranstaltung

wurde durch das Partisan Defense Committee aufgebaut, die Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die mit der Spartacist League/U.S. verbunden ist. Das PDC rief zu der Demonstration auf und führte dann die politischen und rechtlichen Auseinandersetzungen, die notwendig waren, um den Aufruf umzusetzen. Gegen Ende der Mobilisierungskampagne mußte das PDC an den Bundesgerichten einen Kampf gegen den Innenminister von Illinois, Ryan, führen, der einen Schritt unternahm, der die bereits erteilte Erlaubnis praktisch aufhob, in Sichtweite der Klan-Provokation zu demonstrieren.

Als Ryan einer integrierten Menge gegenüberstand, die entschlossen war, die Rassenhasser zu stoppen, setzte er seine Sonderpolizei ein und schleuste den Klan wie Ratten durch unterirdische Tunnel ins Kapitol und dann vor die Osttreppe, hinter einem Gewirr von Absperrungen und Hundertschaften von Bereitschaftspolizei. Ryans Oberbulle Pecoraro sagte, sein „größtes Stück Glück am Sonntag war einfach das Wetter“, mit einem eiskalten Wind von -27°C , denn sonst „hätte es eine größere Menge sein können“. Allerdings, viel größer!

Der Aufruf „Alle heraus, um den KKK zu stoppen!“ traf die Wut und Unzufriedenheit in breiten Teilen der

Fortgesetzt auf Seite 22